Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vetbge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 5. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 8162

Nr. 163. **Magdeburg, Donnerstag den 16. Juli 1903.** **14. Jahrgang.**

Das rote Königreich.

Die genaue Zusammenstellung der amtlichen Wahlresultate im „Reichsanzeiger" ermöglicht statistische Feststellungen, welche einen Ueberblick über die Ursachen der Erfolge unsrer Partei und über die politischen Stimmungen im Deutschen Volke ermöglichen. Am interessantesten ist wohl das Wahlergebnis im Königreich Sachsen, wo die Sozialdemokratie den glänzendsten ihrer Siege davongetragen hat. Infolge derjenigen Vorgänge, welche sich in Sachsen vor und nach dem Thronwechsel abgespielt hatten, infolge des Wahlrechtsraubes, des Staatsdefizits, der Verweigerung der Gehaltszulagen für die Beamten und die Bewilligung einer enormen Apanagenerhöhung für den König, infolge der anbefohlenen Königshuldigung in Dresden und dem Abenteuer am sächsischen Hof war die Mißstimmung im sächsischen Volke aufs höchste gesteigert worden.

Um nun unsrer Partei auch unter diesen Umständen ein Paroli zu bieten, vereinbarten die Nationalliberalen, die Konservativen und die Antisemiten ein Kompromiß, grund dessen die gemeinsamen drei Parteien außer im Freiberger Wahlkreis nur einen Kandidaten aufstellten. Freilich gehörte zu dieser „Vereinbarung" gerade keine große Selbstentäußerung, denn die Parteien „verzichteten" lediglich auf von vornherein aussichtslose Kandidaturen. Das Endresultat war bekanntlich, daß in 12 von den 13 sächsischen Wahlkreisen ein Sozialdemokrat gewählt wurde und nur in einem ein Antisemit. Von den 12 Sozialdemokraten wurden 8 in der Hauptwahl und 4 in der Stichwahl gewählt. In Sachsen verloren die Konservativen nicht weniger als 5, die Nationalliberalen 3 und die Antisemiten 2 Mandate an unsre Partei.

Es stimmten im Königreich Sachsen:

	am 16. Juni 1903	am 16. Juni 1898
für die Sozialdemokratie . . .	441 764	299 190
für die Antisemiten	77 963	74 973
für die Nationalliberalen . . .	110 857	90 360
für die Konservativen	81 014	120 973
für die Reichspartei	—	50
für das Zentrum	4 786	1 854
für die Freisinnige Volkspartei .	15 529	25 935
für die Freisinnige Vereinigung .	5 923	—
für die Nationalsozialen . . .	1 770	2 859
Summa	739 606	616 194

Während im Jahre 1898 erst fast 49 Prozent der Wähler in Sachsen sozialdemokratisch gestimmt hatten, sind es in diesem Jahre beinahe 60 Prozent. Vor fünf Jahren stand fast die Hälfte, jetzt nicht viel weniger wie zwei Drittel des sächsischen Volkes hinter der Sozialdemokratie.

Fast das gesamte sächsische Proletariat — nicht nur die eigentlichen Lohnarbeiter, sondern auch die unteren und mittleren Beamten, auch die geistig arbeitenden Proletarier — hat sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Das ist das Ergebnis der roten Wahlen, welches den König Georg zu so ernster Stimmung veranlaßte, daß er meinte: „Man wird zuweilen irre an seinem Volke".

Nun einige Betrachtungen über die Ergebnisse der Wahlen in denjenigen Wahlkreisen, die in diesem Jahre erobert wurden. — In Löbau-Ebersbach siegten die Konservativen 1898 in der Stichwahl, weil das Zentrum und die Freisinnigen sich ihnen natürlich anschlossen. In diesem Jahre hatten sie zu einer solchen Rettung des Wahlkreises vor dem Umsturz keine Gelegenheit mehr, hauptsächlich deshalb nicht, weil — wie überhaupt in ganz Sachsen — auch die Landarbeiter dieses Industrielandes von ihren städtischen Kollegen aufgeklärt worden sind. Das war die Hauptursache auch unsrer sonstigen Eroberungen. So wurden wir in Meißen-Großenhain im Jahre 1898 in der Stichwahl von den Antisemiten geschlagen, denen die Konservativen beistanden; in diesem Jahre unterlag der antisemitische Kartellkandidat gleich in der Hauptwahl.

In Pirna-Sebnitz siegte der antisemitische Kandidat bei einer Nachwahl im Jahre 1899 in der Stichwahl mit Hilfe der freisinnigen Volkspartei, in diesem Jahre trugen wir sofort den Sieg davon.

In Freiberg-Hainichen, dem bisherigen Wahlkreise Dr. Oertels siegten wir diesmal erst dadurch, daß unsre Gegner sich nicht bis auf den letzten Mann gegen uns vereinigten. 1898 war noch die ganze Landbevölkerung konservativ; und weil die Konservativen den Kampf gegen die Sozialdemokratie sehr gut verstehen, stimmte auch die Stadtbourgeoisie und der Mittelstand für Oertel. Nur 50 feudale Herren stimmten für den Reichsparteiler Mirbach, weil Oertel als Ueberagrarier gar zu ruchbige Demagogie trieb. So wurde Oertel im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt.

Diesmal blieben Herrn Oertel die Landleute noch treu; sogar die 50 Nichtsalsregierungsfreunde machten ihm keine Schwierigkeiten mehr, aber der Kampf um die Handelsvertrage veranlaßte die Bourgeoisie und den Mittelstand für den nationalliberalen Vorsitzenden des Handelsvertragsvereins zu stimmen und Herrn Oertel sogar in der Stichwahl durchfallen zu lassen. Wenn die Bourgeoisie überall den Agrariern so energisch engegengetreten wäre, wären die Wahlen noch besser ausgefallen.

In Oschatz-Grimma siegten 1898 die Konservativen mit 10 568 Stimmen im ersten Wahlgange, während wir nur 5861 Stimmen aufbrachten und die freisinnige Volkspartei 1870 Stimmen. Diesmal hatten wir im ersten Wahlgange bereits 10 060 Stimmen, die Konservativen 9824 Stimmen, die freisinnige Vereinigung 2590 Stimmen. In der Stichwahl siegte unser Genosse Lipinski.

In Borna-Pegau und in Annaberg-Eibenstock dasselbe Ergebnis! 1898 siegten im ersteren Wahlkreis die Konservativen, im letzteren die Nationalliberalen im ersten Wahlgange mit großer Majorität, diesmal war es unsere Partei, die schon in der Hauptwahl mit nicht unbeträchtlicher Mehrheit durchkam. — Plauen war uns 1898 in der Stichwahl entrissen, in welcher der Freisinn, wie üblich, dem Konservativen beistand; diesmal siegte Genosse Gerisch mit 16 406 Stimmen, während sämtliche Gegner es zusammen nur auf 15 359 Stimmen brachten.

In Leipzig-Stadt folgte der nationalliberalen Bourgeoisie im Jahre 1898 noch das gesamte mittlere Beamtentum, noch das ganze gebildete Proletariat. Damals bekam Hasse (Nat.-Lib.) 11 876 und ein Antisemit 6061 Stimmen. Diesmal bekam Hasse 14 725 Stimmen, also 3212 Stimmen weniger als 1898 die Nationalliberalen und Antisemiten zusammen. Die Stimmenzahl unserer Partei stieg von 11 739 auf 16 140 Stimmen; im Jahre 1898 wurden 196 Stimmen für die freisinnige Volkspartei, diesmal 3333 Stimmen für einen der freisinnigen Vereinigung nahestehenden Liberalen abgegeben. Unsere Reserven verstärkten sich bei der Stichwahl derartig, daß wir auf 19 839 Stimmen stiegen, obwohl Dr. Hasses Stimmenzahl sich auf 16 314 vermehrte.

So steht denn Sachsen an der Spitze der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Je rücksichtsloser die herrschenden Klassen das Volk unterdrücken, um so energischer schart sich dieses gegen seine Unterdrücker zusammen. Das Land mit den schlimmsten Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit ist auch dasjenige Land, auf welches sich die einzigen energischen Bekämpfer der Reaktion am meisten verlassen können. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Juli 1903.

„Krawall gibt es so wie so!"

Ueber die Krawalle, die in Dortmund am Abend des Stichwahltages stattfanden, hatte sich bekanntlich der Oberbürgermeister der Stadt dahin geäußert, die Ueberfallenen hätten Schläge verdient, weil sie nicht zu Hause geblieben seien. Der „Dortm. Gen.-Anz." erklärt jetzt, der Oberbürgermeister habe die vorgefaßte Meinung gehabt, es werde zu blutigen Tumulten kommen und aus dieser Meinung habe er zu den oberen Polizeibeamten gesagt:

„Krawall gibt es morgen so wie so; siegen die Sozialdemokraten, so skandalieren sie aus Uebermut, unterliegen sie, so tun sie es aus Aerger."

Hierzu bemerkt unser Dortmunder Parteiblatt u. a.:

Jedenfalls, das wird man zugeben müssen, der Herr Oberbürgermeister hat seine Gefahr heraufbeschwörende, die Sozialdemokratie schwer beleidigende Meinung sich gebildet, in unzulässiger Weise auf sehr, sehr schwankender Grundlage. Zudem steht die Meinung des Herrn Oberbürgermeisters im Widerspruch mit der Meinung eines höheren Polizeibeamten. Dieser hatte mit einem unsrer leitenden Genossen eine Unterredung und ersuchte ihn, **der Polizei für den Stichwahlabend einige Genossen zur Verfügung** zu stellen, dieselben sollten bei Aufrechterhaltung der Ordnung behilflich sein. Dabei erklärte der Herr noch, **die Sozialdemokratie sei allein imstande, die Ordnung aufrecht zu erhalten!**

Gemachte Erfahrungen, sowie die Art und Weise der polizeilichen Anordnungen ließen es nicht rätlich erscheinen, dem polizeilichen Begehren zu entsprechen, vielmehr wurde unsrerseits am Stichwahltage ein Flugblatt verbreitet, in welchem wir aufforderten, am Abend sich möglichst nicht auf der Straße aufzuhalten. Und seitens unsrer Parteigenossen ist dieser Parole entsprochen worden, der Polizeibeamte hat recht, die Sozialdemokratie kann die Ruhe aufrecht erhalten — wenn nicht durch Polizeimassenaufgebot Ruhe und Ordnung in die Brüche geht.

Zur Würdigung der Vorgänge halten wir hier folgende Tatsachen fest:

Der Oberbürgermeister faßt die Meinung, **Krawall gibt es so wie so; es wird zu blutigen Tumulten kommen!** — — —

Es wird angeordnet, auf dem Steinplatz werden nur einige Schutzmannschaften postiert, geraten diese ins Gedränge, wird in geschlossenem Wagen ein größerer Trupp nachgesandt.

Die Beamten erhalten den Auftrag, die Anordnungen zum Auseinandersprengen der Menge **rücksichtslos durchzuführen.**

Es wird angeordnet, die **Eisenbahnbarriere am Burgtor zu schließen.**

Um 10 Uhr wird der Sieg der Sozialdemokratie bekannt. Die Menge ruft: „Hoch Bömelburg!" und beginnt sich zu zerstreuen. . . .

Die „Dortm. Ztg." und die „Tremonia" geben **falsche Berichte** heraus, man hört die Rufe: Hilbck ist gewählt!

Die Menge wird verwirrt, man will Gewißheit haben, rennt hin und her . . .

Da rasselt der **verhängte Omnibus** heran, die Beamten springen heraus, neue Aufregung, einige Burschen johlen, **die Attacken beginnen. . . .**

Herr Oberbürgermeister Schmieding brachte es sodann fertig, zu behaupten, die Tumulte seien vorbereitet gewesen, wohl gemerkt, nicht von der Polizei, sondern vom Publikum und ein Stadtverordneter namens Lensing behauptete bestimmt — **seitens der Sozialdemokratie.** Aus Klugheitsrücksichten hätte man solche Behauptungen unterlassen sollen; durch dieselben werden die Polizeibeamten nur noch schwerer belastet. Angeblich wußte man, daß ein Putsch beabsichtigt war, man vernahm aus dem Munde der Verschwörer Drohungen, man ließ die Droher laufen — und am Wahlabend verprügelte man nationalliberale Wähler, fremde Reisende, Techniker, Geschäftsleute, behäbige Bürger und Frauen — **nur keine Sozialdemokraten!** — — —

„Krawall gibt es so wie so" — wo nämlich eine Polizeiverwaltung in ruhestörender Weise eingreift. In ganz Preußen muß freilich dagegen protestiert werden, daß die Steuerzahler nur dazu da sein sollen, Steuern zur Bestreitung der Polizeikosten zu entrichten und sich für ihr Geld prügeln zu lassen. —

„Ein häßlich Lied — pfui! — ein politisch Lied!"

Die bekannten Worte aus Goethes „Faust" fallen einem unwillkürlich bei dem Lesen des folgenden uns von unserm Berliner W.-Korrespondenten zugehenden Prozeßberichts ein:

Die Vorsteher von Vereinen, welche auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, müssen bekanntlich nach § 2 des preußischen Vereinsgesetzes der Polizei ein Statut und Mitgliederverzeichnis einreichen, sowie von jeder Veränderung im Mitgliederbestande der Polzei Anzeige machen. Wegen Nichtanzeige der Veränderungen im Mitgliederbestande waren nun die Vorstandsmitglieder (Schlau und Genossen) des Arbeiter-Gesangvereins „Liedeslust" zu Kottbus angeklagt worden. Sie bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Der Verein bezwecke die Pflege des Gesanges, nicht aber eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Sie hätten auch unbeanstandet seit Jahren keine polizeiliche Anmeldungen vollzogen. Außer dem Singen von Liedern habe der Verein keinerlei Tätigkeit entfaltet. Dem Schöffengericht Kottbus und dem Landgericht Kottbus genügte indessen schon der Gesang, dessen sich der Verein schuldig machte, um „Liedeslust" für einen Verein zu erklären, welcher auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Die vier Angeklagten wurden zu Geldstrafen von je 15 Mark verurteilt. Das Landgericht führte aus: Der Verein „Liedeslust" gehöre dem Niederlausitzer Arbeiter-Sängerbunde an, welcher ein Sammelpunkt einer politischen Partei, nämlich der Sozialdemokratie, sei. Die gesungenen Lieder verherrlichten meist die Freiheit, besängen die Proletarier, forderten sie zum Zusammenscharen gegenüber den Besitzenden auf und hätten eine sozialdemokratische Tendenz. Das Singen der Lieder bewirke eine Stärkung und Festigung der politischen Anschauungen der Beteiligten und solle dies auch; dadurch werde eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten erzielt und bezweckt. § 2 des Vereinsgesetzes sei somit anwendbar, wenn auch das Kammergericht annehme, daß eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes in dem Singen politischer Lieder nicht gefunden werden könne.

Die Angeklagten legten Revision beim Kammergericht ein, vor dem Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Rechtsmittel begründete, indem er besonders rügte, daß der Begriff der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten verkannt worden sei. Nach dem Vorderurteil sollten die Lieder von den Vereinsmitgliedern gesungen sein: zur gegenseitigen Aufmunterung zur Verfolgung der gesteckten Ziele. Lege man das zu Grunde, so beschränke sich der Zweck auf die Versammelten selber und eine Einwirkung auf andre, auf die Oeffentlichkeit, wäre damit nicht verbunden.

Der Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Lindenberg wies jedoch die Revision mit folgender Begründung ab: Es möge richtig sein, was das Kammergericht einmal ausgesprochen habe, daß nämlich im Singen politischer Lieder eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht gefunden werden könne. Da handele es sich aber um die Anmeldung von Versammlungen, um die Anwendung des § 1 des Gesetzes, während es sich hier um § 2 handele, der nicht vom Erörtern öffentlicher Angelegenheiten, sondern vom Zweck der Einwirkung auf solche spreche. Und es könne sehr wohl angenommen werden, daß durch das Zusammenkommen zum Singen politischer Lieder eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt werde. Das sei hier der Fall. — —

Durch das Singen von Liedern nach Art des Sozialistenmarsches oder dergleichen wird also auf die politischen Schicksale Deutschlands „eingewirkt". —

Deutschland.

Berlin, 14. Juli. Während der Zeit der Gerichtsferien wird der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge die Spruch-

tätigkeit des Reichsversicherungsamts wie in früheren Jahren eine Einschränkung erfahren. Vom 15. Juli bis 15. September werden zur Erledigung besonders eilbedürftiger Sachen sowohl in Unfall- wie Invalidenversicherungsstreitigkeiten wöchentlich mehrere Sitzungen abgehalten werden. Auf die Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel des Rekurses und der Revision (einen Monat vom Tage der Zustellung ab gerechnet) hat die Ferienordnung keinen Einfluß. —

— **Die Kommission zur Vorbereitung der Reform des Strafprozesses** ist wieder zweimal zu mehrtägigen Beratungen im Reichs-Justizamt zusammengetreten. Gegenstand ihrer Beratungen bildete die Frage, ob die Vorschriften unsrer Strafprozeßordnung über die Beschlagnahme, die Durchsuchung von Personen, die Untersuchungshaft und die Verteidigung einer Umgestaltung bedürfen. Auch die schon seit längerer Zeit von namhaften Kriminalisten geforderte Bestrafung uneidlicher falscher Aussagen beschäftigte die Kommission; sie hatte die Frage zu prüfen, ob im Zusammenhange mit der Einschränkung der Zeugeneide die Strafbarkeit uneidlicher falscher Aussagen eingeführt und wie sie im einzelnen gestaltet werden soll. —

— **Konservative Wahlfälschungen.** Die Freisinnigen im Wahlkreis Kolberg-Köslin, wo in der Stichwahl Dr. Barth von dem konservativen Herrn Malkewitz geschlagen wurde, haben bei dem Staatsanwalt denunziert, daß in Groß-Satzpe nachweislich 43 Wähler für Dr. Barth gestimmt haben, während amtlich nur 15 Stimmen für ihn gezählt wurden. Es liegt schon eine schriftliche Erklärung von 36 Wählern aus Groß-Satzpe vor, die bereit sind, zu beeidigen, daß sie bei der Stichwahl am 25. Juni Dr. Barth gewählt haben. —

— **Der Wahlprotest in Bochum,** den unsre Gegner eingelegt haben, ist ein recht eigenartiger. Wenn es vorgekommen ist, daß die Wählerlisten nicht lange genug ausgelegen haben, so ist das doch wahrlich nicht auf die Schuld der Sozialdemokratie zurückzuführen. Daß Leute unbefugt gewählt haben, soll erst noch bewiesen werden. Die Mehrheit betrug 763 Stimmen. Daß 763 Leute unbefugt gewählt haben, ist unmöglich. Unter diesen Umständen ist an einen Erfolg des Wahlprotestes wohl kaum zu denken. —

— **Der Regierungspräsident von Potsdam und die Frauenvereine.** Köpfchengroßen Bescheid hat der Regierungspräsident v. Wollfe auf eine Beschwerde wegen einer verbotenen Versammlung des sozialdemokratischen Frauen-Wahlvereins für den Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg erteilt. Natürlich werden unsre Genossinnen nunmehr bis zur höchsten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht, weitere Beschwerde einlegen, da es in Wahlzeiten den Frauen gestattet ist, zum Zwecke der Wahl politische Vereine zu bilden. —

— **Gegen die Uebergriffe der Danziger Polizei.** Unsern Genossen in Danzig war widerrechtlich die Abhaltung von Versammlungen in dem Lokal Breitenstraße 11 von der Polizeibehörde verboten worden. Auf dagegen erhobene Verwaltungsstreitklage hat das Ober-Verwaltungsgericht am 12. Juni dieses Verbot als gesetzlich nicht begründet aufgehoben. Die Polizei hat nichtsdestoweniger unter dem 6. Juli ihr „bis auf weiteres" erlassenes früheres Verbot noch aufrecht erhalten und eine für diesen Tag angesetzte Versammlung in dem erwähnten Lokale verhindert. Infolgedessen haben nun die beteiligten Danziger Genossen umgestimmt gegen den Polizeipräsidenten Max Weigel bei der Staatsanwaltschaft auf Grund des § 339 des Strafgesetzbuchs (Nötigung der Amtsgewalt) Strafanzeige gestellt. Ebenso ist Strafanzeige gegen den Kommissar Fitzke, den Wachtmeister Staap und sämtliche Schutzleute gestellt worden, welche die geplante Versammlung verhindern wollten.

Wir hoffen, daß der Staatsanwalt unverzüglich seine Pflicht erfüllt und das schwere Vergehen zur strafrechtlichen Sühne verhilft. —

— **Vom Polizeikampf gegen die Anarchisten.** Die Nummer 27 des Anarchistenblattes „Neues Leben" wurde in Berlin beschlagnahmt und der Redakteur Julius Grunwald nach abgehaltener Haussuchung verhaftet. —

— **Die „psychische Erregung" der Zeitungsleser.** Zu dem Kapitel „Die Presse und der grobe Unfug" hat das Reichsgericht vorgestern von neuem Stellung genommen. Das Landgericht Dortmund hat am 17. April den Redakteur der „Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung", Genossen Linus Scheibe in Dortmund, wegen groben Unfugs, verübt durch die Presse, zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Er hatte in seinem Blatte am 9. Juli v. J. mitgeteilt, daß der Metzger Most jun. in Scharnhorst die „Rheinisch-westfälische Arbeiterzeitung" nicht mehr halte, weil er sie bereits in seinem andern Geschäfte an einem andern Orte halte. Daran war die Aufforderung an die Leser geknüpft, sie möchten lieber ihr Fleisch anderswo kaufen. Das Gericht hat hierin eine Aufforderung zur Boykottierung des Metzgers erblickt, die sich als „grober Unfug" im Sinne des § 360, 11 des Strafgesetzbuches darstelle.

Die Revision des Angeklagten, die gestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam, rügte Verkennung des § 360, 11.

Entgegen dem Antrage des Reichsanwalts erkannte das Reichsgericht auf Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. —

— **Monarch und Eisenbahn-König.** Das „Berl. Tagebl. meldet:

„Der Kaiser hat den Oberpräsidenten Delbrück in Danzig durch Telegramm benachrichtigt, daß der amerikanische Milliardär Vanderbilt an Bord seiner Jacht „Nachtstar" in Danzig eintrifft, um das Ordensschloß in Marienburg zu besichtigen, auf dessen Schönheiten der Kaiser ihn aufmerksam gemacht hat. Generalmajor v. Mackensen, Kommandeur der Leibhusarenbrigade, ist angewiesen worden, den Eisenbahn-König zu einem Mahl bei den Leibhusaren einzuladen. Inzwischen dürfte Vanderbilt in Danzig eingetroffen sein."

So stehen in innigem Verkehr der Kaiser „von Gottes Gnaden" und der durch sein Kapital noch mächtigere republikanische Yankee, der Vertreter der modernen Art, Herrschaft auszuüben und sich die Welt dienstbar zu machen. —

— **Eine Scheinreform des sächsischen Wahlrechts** wird angekündigt. Das „Dresdn. Journ." schreibt in einem Artikel über die Zusammensetzung der zweiten Kammer, das Ministerium habe nach Schluß des letzten Landtages Erhebungen über diese Frage veranstaltet und werde mit „erfahrenen Vertretern der Ständekammern" eine Reform ausarbeiten. — Da man gleich den Bock zum Gärtner gesetzt hat, kann man sich denken, wie die Reform aussehen wird. —

— **Geistlichkeit und Ehescheidung.** Von juristischer Seite wird der Berliner „Volkszeitung" geschrieben:

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß durch den Justizminister auf Wunsch des Episkopates alle preußischen Amtsgerichte angewiesen sind, vor Anberaumung eines Sühnetermines in Ehesachen den katholischen Pfarrer unverzüglich zu benachrichtigen, wenn auch nur ein Ehegatte katholisch ist. Da katholische Ehegatten, die Ehescheidung beantragen wollen, jedenfalls die Einmischung eines Geistlichen nicht wünschen, so ist ihnen zu empfehlen, bei der Ladung zum Sühnetermine keinerlei Angaben über ihr Glaubensbekenntnis zu machen und solche Angaben, wenn der Richter sie verlangen sollte, zu verweigern. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, welche die Partei zu derartigen Angaben verpflichtet.

Wir können uns dem treffenden Rate nur anschließen.

— **Oskar Meding †.** Der bekannte unter dem Namen Gregor Samarow schreibende Romanschriftsteller ist in Charlottenburg gestorben. Meding war Privatsekretär des letzten Königs von Hannover, wurde aber später von Bismarck aus dem Welfenfond bezahlt und machte nunmehr in seinen Romanen für die neudeutsche Reichsherrlichkeit Stimmung. —

— **Weiterer Vergleich zum Fall Hüssener.** Das Oberkriegsgericht in Leipzig verurteilte den Kanonier Steinmüller wegen Fahnenflucht und schweren Diebstahls zu 15 Jahren Zuchthaus. —

— **Ein neuer „Architektenscherz".** Im Briefkasten des „Kladderadatsch ist folgende Notiz zu lesen:

„In Nr. 290 der „Berliner Neuesten Nachrichten" wird über die Mosaikbilder in der Kuppelhalle unsres neuen Domes mitgeteilt: Nach Westen hin wird dargestellt über der Ministerloge der Spruch: „Selig sind, die da Leid tragen," auf der andern Seite oberhalb der Diplomatenloge: „Selig sind, die da geistig arm sind."

Die beiden Sprüche befinden sich in der Tat am rechten Ort —

Oesterreich-Ungarn.

Ein österreichischer Hüssener.

ac. Der Militarismus zeitigt überall dieselben Erscheinungen: Schneidigkeit oben, Kadavergehorsam unten; milde Urteile, wenn dieser Schneid zu Roheit und Brutalität sich auswächst; schwerste Bestrafung, wenn im Gemeinen das Temperament, wenn in ihm der Mensch sich regte. Der österreichische Rittmeister Sworzil hatte einen Oberaufseher der Finanzwache, der in Ausübung seiner Amtpflicht begriffen war, infolge eines Wortwechsels mit einem Schlag auf den Kopf für sein ganzes Leben zum Krüppel gemacht. Der Geschlagene hat eine Zerstörung des Trommelfells und ein dauerndes, seine Berufsfähigkeit für immer aufhebendes geistiges Siechtum davongetragen. Dafür wurde der Rittmeister vom Garnisongericht in Lemberg zu 3 Monaten Kerker und Verlust der Offizierscharge verurteilt. Diese milde Strafe schien dem Offizier aber eine zu harte Buße. Er reichte ein Gnadengesuch ein und hatte damit den Erfolg, daß ihm die Entlassung aus dem Offizierskorps nachgesehen und die Kerkerstrafe in einen dreimonatlichen strengen Arrest umgewandelt wurde. —

Belgien.

Die belgischen Kommunalwahlen

finden in etlichen Monaten statt. Die sozialdemokratische Partei beginnt sich bereits für den Kampf zu rüsten. Der „Voorut" bringt einen Artikel, in dem es heißt, daß die belgischen Sozialdemokraten dem Beispiel ihrer deutschen Genossen folgen und überall, wo auch nur die kleinste Zelle einer sozialdemokratischen Organisation vorhanden sei, Kandidaten aufstellen müßten. —

Italien.

Der Todeskampf des Papstes

dauert außerordentlich lange und beginnt erschütternd zu wirken. Das gestern abend 8 Uhr 15 Minuten ausgegebene Bulletin über das Befinden des Papstes lautet nach dem „Berl. Tagebl.": Der Tag verlief ziemlich ruhig, mit kurzen Perioden geringer Depression. Puls schwach 88, Atmung 32, Temperatur 36,8. Die Kräfte beginnen langsam, aber sicher abzunehmen. — Von ärztlicher Seite wird demselben Blatte mitgeteilt, der Patient befindet sich meist im Delirium und muß geschüttelt werden, wenn man ihn zeitweise wecken will. Die Hände und Füße sind geschwollen. Die fortschreitende Uräme ist erwiesen und die Atemnot in starker Zunahme begriffen; der Patient wünscht beständig Sauerstoff. Die Injektionen von Digitalis und Kampferöl in zunehmenden Dosen rufen wenig oder keine Reaktion mehr hervor; es ist Diarrhöe eingetreten. Der Kranke vermag sich weder aufzurichten, noch umzudrehen. — Einer römischen Depesche des „Lok.-Anz." zufolge hat sich der Papst auch gestern den Anordnungen der Aerzte nicht gefügt. Man hatte ihm unbedingte Ruhe anempfohlen, er hat aber vormittags seinen Beichtiger und den spanischen Bischof Vivez empfangen, der ihm den Segen des Franziskaner-Ordens überbrachte, wofür der Papst dankte und über den Orden den pontifikalen Segen aussprach. Nachmittags empfing der Papst mehrere Kardinäle, mit denen er 10 Minuten lang sprach, fühlte sich jedoch dann so schwach, daß er plötzlich wie bewußtlos dalag und sich nicht regte. Man injizierte ihm daher Kampher und Digitalis, rieb ihm Hände und Schläfe mit aromatischen Essenzen ein und brachte ihn auf diese Weise wieder zu sich. Einem Gerücht zufolge waren dem Kranken Hände, Brust und Hals geschwollen, sein Geisteszustand ist indessen im allgemeinen befriedigend; von Zeit zu Zeit erkennt er allerdings niemand, hat er sich aber wieder gesammelt, so führt er das unterbrochene Gespräch ruhig wieder an, ohne sich der vorübergehenden Störung des Gedächtnisses zu entsinnen. — Am Konklave werden etwa 60 Kardinäle teilnehmen. Bei der Wahl dürfte es sich nach dem gegenwärtigen Stand ausschließlich um die Kardinäle Gotti und Vannutelli handeln.

Ein Aberglauben wird durch die päpstliche „Voce della Verita" verbreitet, welche die Besserung im Befinden des Papstes auf den Einfluß der am Sonabend nach dem Vatikan gebrachten Mitra des San Gennaro (Januarius) zurückführt. (Mitra nennt man die Kopfbedeckung der höheren Geistlichkeit.) —

Frankreich.

Vom klerikalen Kleinkrieg.

ac. Dieser Tage mußten nach Louvesc im Departement Ardeche 130 Gendarmen und eine Kompanie Soldaten beordert werden, um an den Türen der dortigen Kapelle St. Regis die Siegel wieder anbringen zu lassen, die schon mehrere Male abgerissen worden waren. Nachdem dies nach einigem Widerstand der dortigen Einwohner geschehen war, mußte, um die Wiederlosreißung der Siegel zu verhindern, der größte Teil der Truppen und Gendarmen dort belassen werden. Da die Einwohner der bewaffneten Macht weder etwas verkaufen, noch sie beherbergen wollten, mußte erst eine kriegsministerielle Order erlassen werden, wonach den Truppen das Recht der Requisition auf Unterkunft und Lebensmitteln zusteht. Aehnliche Berichte kommen aus andern Orten. —

Kleines Feuilleton.

= **Die Sterblichkeit der Menschen.** Es gilt als ein Erfahrungsding, daß die Sterben der Menschen in einem gewissen Abhängigkeit von den Tagesstunden steht, und zwar soll nach dem allgemein verbreiteten Glauben die Zeit zu Beginn und Schluß des Tages, also die Dämmerstunde, für das Menschenleben besonders verhängnisvoll sein. Ein Arzt hat schon vor geraumer Zeit genaue Untersuchungen darüber anstellen wollen und die Todesstunde von fast 3000 Personen verschiedenen Alters zusammengestellt. Es ergab sich, daß die meisten Todesfälle zwischen 5 und 6 Uhr morgens geschehen waren, die wenigsten zwischen 9 und 10 Uhr vormittags. Die Sterblichkeit betrug im ersten Fall 15 Prozent über den Durchschnitt, im zweiten Fall 6½ Prozent darunter. Auch die Tagesstunden zwischen 10 und 2 Uhr ergab niedrigere Beträge für die Sterblichkeit. Im ganzen genommen erreichen die meisten Todesfälle auf die Stunden zwischen 3 und 6 Uhr morgens. Ein andrer Arzt hatte Sterbetabellen von gegen 6000 Kranken zusammengestellt, und auch aus ihnen geht hervor, daß der Tod meist zwischen 1 und 5 Uhr morgens eintritt, wie viel seltener von 1 Uhr nachmittags bis Mitternacht. Es scheint daraus der Schluß gezogen werden, daß die Sterbezeit in einem Zusammenhang damit steht, daß während der Nacht die Kranken in der Regel am schlechtesten verpflegt und gepflegt werden. Sodann hat denn der hervorragende Berliner Physiologe Charles Fere die Frage weiter untersucht und die Sterbestunde der in den zwei größten Pariser Krankenhäusern verstorbenen zehn Jahre lang aufzeichnen lassen. Dieser Forscher hat jene Annahme nicht bestätigt gefunden, sondern vielmehr zu sagen, daß der Tod zwischen 7 und 11 Uhr abends seltener eintreten scheint als zu der andern Zeiten des Tages. Wenn die Zahl der Todesfälle sich in der ersten Stunde nach Mitternacht als besonders hoch herausstellte, so kann die Tatsache vielleicht auf den Umstand zurückzuführen, daß die um Mitternacht abwechselnden Wärter ihren Nachfolgern möglichst viel Arbeit überlassen. Schließlich in Berlin ist durch eine Erhebung an 57 690 Todesfällen ermittelt zu dem Schluß gelangt, daß die meisten Menschen zwischen 4 und 7 Uhr morgens sterben und die Mehrzahl der auf natürlichen Ursachen beruhenden Todesfällen kommt auch mit diesem Ergebnis. —

= **Einen hygienischen Straßenkehrer** hat ein Wiener-Neustädter Schlosser namens F. Müller konstruiert. Dieser Straßenkehrer entspricht allen Anforderungen, die man vom Standpunkt der Hygiene und Reinheit an ein solches Gerät stellen muß. Er ist zur Verwendung in öffentlichen Bädern, Museen, Bahnhöfen usw. sehr geeignet und kann, um eine Wasserleitung vorhanden — in das Rohrnetz derselben eingeschaltet werden und wo eine solche fehlt, auch mit eigenem Wasserbehälter in Verbindung gesetzt werden. Der Vorzug vor den übrigen mit Wasser gefüllten Straßenkehrern besteht darin, daß — sobald der Deckel des Napfes geöffnet wird, — automatisch eine Wasserspülung in Tätigkeit tritt, die alle Wände des Gefäßes energisch bespült und den in dasselbe entleerten Auskehricht durch das Abflußrohr sofort in den Kanal schwemmt. Dadurch wird verhindert, daß der Auskehricht an den Wänden des Gefäßes kleben bleibt, was nicht nur einen unästhetischen Eindruck macht, sondern — da der Auskehricht an den Wänden eintrocknet und verstäubt — durch gesundheitsschädlich ist; durch die Wasserspülung bei den Automaten des Wiener-Neustädter Maschinenschlossers wird aber diese so lästige und schädliche Verunreinigung der Gefäßwände ganz unmöglich gemacht. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Automate eine möglichst große Verwendung fänden. —

= **Die Sternschnuppen des Juli und August.** Der beste Kenner der Sternschnuppenerscheinungen, der englische Astronom Denning, hat in den Astronomischen Nachrichten die Meteorschauer zusammengestellt, die etwa in denselben Jahreszeiten mit den berühmten Perseiden eintreten. Um eine Berechnung zu erleichtern, gibt er eine Tabelle der Strahlungspunkte, von denen die einzelnen Schwärme am Himmel ausgehen. Diese Arbeit ist sehr verdienstlich, weil in den letzten 25 Jahren während der Monate Juli und August über 100 Sternschnuppenschwärme beobachtet worden sind. Denning teilt die Erscheinungszeit in drei Abschnitte, nämlich vom 6. bis 16. Juli, vom 20. Juli bis 16. August und vom 19. bis 25. August. Das gebräuchliche Schaubild ist oft sehr kompliziert, jedoch scheint es für die Astronomen wichtig, weil die Meteore lange Zeit hindurch immer genau vom denselben Strahlungspunkten kommen. Der bedeutendste dieser Schwärme, die Perseiden, besonders bekannt unter dem poetischen Namen der „Tränen des Heiligen Lorenzius", wechselt gleichfalls sehr an Stärke. In einigen Jahren haben sie zeitweise 150 bis 200 Sternschnuppen stündlich geliefert, in andern wieder nur 20 bis 30. Nach einer sorgfältigen Berechnung sämtlicher Aufzeichnungen ist Denning zu dem Schluß gekommen, daß der Perseidenschwarm eine Periodizität von 104 bis 123 Jahren besitzt. Die größte Entwicklung erreicht er in diesem Jahr in den Morgenstunden des 12. oder des 13. August. —

Kleine Mitteilungen. Wie die „Neue Freie Volksbühne" meldet, hat der ehemalige Münchener Professor Lenbach in München einen Automat konstruiert, der es ermöglicht, eine beliebige Entfernung zwischen einem beweglichen Standpunkt und einem unbeweglichen Gegenstande ohne Maßstab zu ermitteln. — Paris hat 2 700 Häuser, deren Kellerräume in gesundheitlicher Beziehung neuerdings einer gründlichen Untersuchung unterzogen worden sind. Danach sind nur 47 519 Häuser, also noch nicht einmal zwei Fünftel, als einwandfrei befunden worden. — Auf dem weltberühmten heidnischen Tempelplatz des Stonehenge in England wurde am Morgen des 21. Juni von der Polizeibehörde das neuerdings eine Denkmalung gemacht, die seit 10 Jahren sich nicht mehr wiederholt hat. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 163. Magdeburg, Donnerstag den 16. Juli 1903. 14. Jahrgang.

Die größte deutsche Industriegesellschaft.

Durch Verwandlung in eine Aktiengesellschaft ist die Firma **Krupp** die größte deutsche Industriegesellschaft geworden. Um so interessanter sind die im Jahresbericht der Handelskammer zu Essen veröffentlichten Angaben über die geschäftliche Entwicklung des Unternehmens in den Jahren 1901 und 1902.

Die **hauptsächlichsten Erzeugnisse** der Gußstahlfabrik in Essen sind Geschütze (bis 1. Januar 1902 39 876 Stück geliefert), Geschosse, Zünder und Zündungen, Gewehrläufe, Panzer in Form von gewalzten Blechen und Panzer für alle geschützten Teile der Kriegsschiffe sowie für Fortifikationszwecke, Eisenbahnmaterial, Schiffsbaumaterial, Maschinenteile jeder Art, Stahl und Eisenbleche, Walzen, Werkzeugstahl, Hartstahl, Spezialstahle, Stahlknüppel und anderes.

Auf der Gußstahlfabrik waren im Jahre 1901 in den etwa 60 Betrieben in Tätigkeit: zirka 5300 Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, 22 Walzenstraßen, 141 Dampfhämmer von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht, 63 hydraulische Pressen, darunter zwei Biegepressen zu 7000 Tonnen, 1 Schmiedepresse zu 5000 Tonnen und eine zu 2000 Tonnen Druckkraft, 323 stehende Dampfkessel, 513 Dampfmaschinen von 2 bis 3500 Pferdekräfte mit zusammen 43 848 Pferdekräfte, 369 Elektromotoren, 591 Krane von 400 bis 150 000 Kilogramm Tragfähigkeit mit zusammen 6 327 900 Kilogramm Tragfähigkeit.

Auf den Hüttenwerken wurden im Jahre 1902 im Durchschnitt täglich zusammen 1782 Tonnen Eisenerz aus eigenen Gruben verhüttet. Die Kohlenförderung aus den eignen Zechen betrug im Jahre 1902 insgesamt 1 643 576 Tonnen.

Der **Gesamtverbrauch** der Kruppschen Werke, soweit sie von der Gußstahlfabrik versorgt wurden, betrug 1902 an Kohlen 843 494 Tonnen, an Koks 369 201 Tonnen, an Briketts 6630 Tonnen. Der jährliche Gesamtverbrauch an Wasser erreichte annähernd den Wasserverbrauch der Stadt Köln. Das Gaswerk der Gußstahlfabrik nimmt seiner Produktion nach die neunte Stelle unter den Gasanstalten des deutschen Reiches ein. Das Elektrizitätswerk leistete im Jahre 1902 7 004 939 Kilowattstunden (Frankfurt a. M. im Jahre 1901 13 600 909, Düsseldorf im Jahre 1901 3 792 052 Kilowattstunden).

Die gesamte **Jahresleistung** der Firma an **Versicherungs und Kassenbeiträgen** und Unterstützungen betrug im Jahr 1901 3 065 704 Mark.

Nach der Aufnahme vom 1. April 1903 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppschen Werken **beschäftigten Personen**, einschließlich 4046 Beamten, 41 013.

Die reiche Firma zahlt also nicht einmal ganz 7 Mark 50 Pfennig jedes Jahr hindurch an Versicherungs- und Kassenbeiträgen, sowie Unterstützungen pro Kopf ihrer Arbeiter. Die Firma Krupp ist in Deutschland die erste Repräsentantin des Kapitalismus, einer neuen Kultur vorarbeitend durch die Zweckmäßigkeit ihrer Anlagen, kulturfeindlich durch die Produktion von Mordinstrumenten und die Ausbeutung der Arbeiter.

Aus der Parteibewegung.

Sozialdemokratische Erbschaften. Die Nachricht von der auf **Bebel** gefallenen Kollmannschen Erbschaft ruft — so berichtet die „Münchner Post" — die Erinnerung an ein andres Vermächtnis wach, das vor einiger Zeit hier in München zu Gunsten der Sozialdemokratie gemacht worden ist. Ende 1901 starb in seinem Hause Heßstraße 18 der Rentner **Karl Ostertag**. Er hinterließ ein Vermögen, das aus einem schuldenfreien Haus und 160 000 Mark in Wertpapieren und Bargeld bestand. Hiervon vermachte er seinen beiden Schwestern Auguste Mühe und Christine Ostertag je 25 000 Mark und seinem Neffen Karl Mühe, dem Sohne der einen Schwester, 50 000 Mark nebst der Hauseinrichtung, während weitere 8000 Mark für die Wirtschafterin und die Magd bestimmt wurden. Das Haus im Schätzungswerte von 95 000 Mark vermachte er **Vollmar**, „zum Zweck, **den Erlös für die Sozialdemokratie nach seinem Ermessen zu verwerten**".

Die dann noch übrig bleibenden 52 000 Mark sollten bei einem Notar niedergelegt werden. Die Zinsen davon sollte auch der Neffe lebenslang erhalten, während nach dessen Tod die Summe selbst gleichfalls an **Vollmar** „**zur freien Verwendung für sozialdemokratische Zwecke**" übergehen solle. Der Erblasser hatte das Testament selbst geschrieben und als Zeit der Errichtung „August 1901" angegeben. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt jedoch im § 2232 Abs. 2 vor, daß solche eigenhändige Testamente „von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und **Tages**" eigenhändig geschrieben und unterschrieben sein müssen. Diesen Formfehler der Fortlassung der Tagesziffer machten sich nun die „tiefstrauernden Hinterbliebenen" zu Nutze und statteten dem Verstorbenen ihren Dank in der Weise ab, daß sie seinen letzten Willen bestritten. Natürlich wurden sie durch Vollmars Anwalt auf die Pflichten der Pietät hingewiesen, worauf die gefühlvollen Seelen aber kurzweg erklärten, daß ihr verstorbener Bruder zweifellos verrückt gewesen sei, und daß sie sich deshalb um seinen letzten Willen nicht zu kümmern brauchten.

Auf diese Weise wurde die gute Absicht eines wohlwollenden Menschen durch habsüchtige Verwandte vereitelt und der Münchner Arbeiterbewegung ein Vermächtnis vorenthalten, mit dem viel Gutes hätte getan werden können. Jedenfalls sind diese sich mehrenden Vermächtnisse an bekannte Vertreter unsrer Partei als Zeichen dafür bemerkenswert, wie man auch in freidenkenden und sozial geweckten besitzenden Kreisen in den Sozialdemokraten Männer des öffentlichen Vertrauens sieht und die kulturelle Bedeutung ihrer Arbeit für die Emporhebung und Befreiung der Arbeiterklasse zu erkennen beginnt.

ac. **Eine große international-sozialistische Kundgebung gegen den Militarismus** fand dieser Tage in Paris statt. Nachdem Gerauld Richard und Breton für die Franzosen gesprochen hatten, nahmen nacheinander Vertreter der argentinischen, belgischen, italienischen (Barbato) das Wort. Auch ein sozialistischer Gemeinderat von Guadeloupe und ein deutscher Genosse (Name desselben ist nicht genannt) machten Ausführungen gegen die stehenden Heere, welche die Völker wirtschaftlich ruinieren. Eine Resolution, in welcher der internationale Sozialismus als eine Vorbedingung für den Frieden zwischen den Nationen bezeichnet wird, gelangt zur Annahme. —

Im Monat **Juni** gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Ansbach, von einem „Elenden" 20,—. Amsterdam, ein Hannoveraner 6,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600,— 3. Kreis 500,—. 4. Kreis Ost 2500,—. 4. Kreis Südost 6000,—. 5. Kreis Wahlverein 500,—. 6. Kreis 6500,—. Berlin, diverse Beiträge: 13 321,47 (darunter Buchhandlung Vorwärts 7000,—). Breslau, sozialdemokratischer Verein 100,—. Bukarest, von J. R. und einigen Gesinnungsgenossen 104,—. Bern 50,—. Bremen, von Parteigenossen 300,—. Buxtehude, v. d. Alten durch Weber 3,—. Brüssel, von der belgischen Bruderpartei, 2. Rate 600,—. Bremen, Maschinenpersonal der „Bremer Bürgerzeitung" 12,—. Curityba (Brasilien), durch die Redaktion des „Beobachter" 112,09. Charlottenburg R. S. 5,—. Chemnitz, 16. sächs. Reichstags-Wahlkreis 1000,—. Calbe a. S., von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 50,—. Charlottenburg, W. L. für Stichwahlagitation 5,—. Charlottenburg W. —,90. Essen a. R., sozialdemokratischer Verein 3. Quartal 50,—. Falkenberg (Oberschl.) 5,—. Frankfurt a. M. A. M. 500,—. Frankfurt a. M. E. F. 3,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Glasgow, W. 1,—. Hamburg, Bezirk 80, 2. Wahlkreis 50,—. Hamburg, Sozius Lauenburgensis 30,—. Hochlarmark i. W., ein Genosse 10,—. Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo" im Monat Juni eingegangen 264,21. Häslicht, gesammelt auf einer roten Hochzeit zum Wahlfonds 2,40. Hamburg, rote Geburtstagsfeier, gesammelt von Schall, 3,—. Jena, 3. weimarischer Wahlkreis, 2. Quartal 1903 50,—. Kopenhagen, Bosse 20,—. Kopenhagen, gesammelt im deutschen Arbeiterverein „Vorwärts" zum Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei Deutschlands 75,—. Leipzig, einige Leipziger Xylographen, 3. Rate 24,80. Leipzig-Plagwitz, für polnische Flugblätter 21,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. London, Kommunistischer Arbeiter-Bildungsverein, 2. Rate 253,85. Madrid 99,30. Mülhausen i. E., Einzelmitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands 10,—. München, Gau Südbayern, 1. Quartal 1903 69,—. Milford (Mass.) Amerika, F. W. 20,—. Mitteau, Perigueux 16,12. München, Waldläufer 5,—. Nürnberg, H. und M. 4,—. New-York von der amerikanischen Bruderpartei, 2. Rate 244,44. Offenbach a. M., Großherzogtum Hessen 500,—. Partika 29,24. Pelotas, G. S. und einige Gesinnungsgenossen 150,—. Paris, Schreyer 8,50. Rotterdam, von den Mitgliedern des E.-V. d. V. 20,—. Russische Sozialisten 500,—. Rummelsburg bei Berlin, L. V. N. durch K. W. 14,— Rehnsdorf, E. P. 3,—. Reichenbach i. Schl., sozialdemokratischer Wahlverein 5,—. Rixdorf, Gesangverein „Schneeglöckchen" für den Wahlfonds 10,—. Richzenhain, A.-B.-V. 3,—. Rom, Th. v. Wächter, Pulver zum Wahlkampf 20,—. Stralau, P. Sch., 2,15. Straßburg i. E., Altvater 5,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Sydney (Australien), internationaler Sozialistenklub durch den Kassierer A. B. 469,20. St. Gallen, vom Stammtisch der Glaser für den Reichstagswahlfonds 10,—. Sozialdemokratische Frauen und Mädchen Deuschlands durch Genossin Baader 200,— Trebitz, von H. Finke, Jjucy (Brasilien) 20,—. Wiegleb 10,—. Zwickau, Delegierte der Bergarbeiter aus dem weißen Hirsch 3,50. Zeitz, von der alten Bank-Richtern 5,—. Zeitz, von den Parteigenossen 600.—. In Summa: 36 753,17.

Berlin, den 9. Juli 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstraße 30.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung im Hamburger Baugewerbe hat infolge des von uns mitgeteilten ablehnenden Verhaltens der Innung eine schärfere Form angenommen. Die Maurer und Zimmerer haben in ihren Versammlungen beschlossen, die Sperren nicht aufzuheben, ehe nicht befriedigende Zusagen durch die Innung erfolgt sind. Um den

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen übersetzt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Pederzani-Weber.

(176. Fortsetzung.)

„Wir wollen diesen Wayland," sagte die Königin endlich, „in Unsre eignen Dienste nehmen, und den Knaben unterweisen lassen, damit er künftig besser mit Briefschaften umgeht. Ihr, Tressilian, habt unrecht getan, Uns nicht die ganze Wahrheit der Sache mitzuteilen und Euer geleistetes Versprechen war sowohl gegen die Klugheit, wie gegen die Untertanenpflicht. Da Ihr indessen der unglücklichen Lady Euer Wort gegeben, so mußtet Ihr als Mann es auch halten, und im ganzen schätzen Wir Euch, um des Charakters willen, den Ihr in dieser Sache gezeigt habt. Mylord Leicester, jetzt ist die Reihe an Euch, die Wahrheit zu sagen, was Euch seit kurzem ganz fremd geworden zu sein scheint."

Durch wiederholtes Fragen entlockte sie ihm jetzt die Geschichte seiner ersten Bekanntschaft mit Amy Robsart — seine Vermählung — seine Eifersucht — die Ursachen derselben und manche andre Umstände. Leicesters Beichte — denn so konnte man seine Erzählung nennen — wurde ihm stückweise entrissen, war im ganzen der Wahrheit treu, ausgenommen, daß er ganz unterließ zu erwähnen, er habe durch Andeutung oder auf andre Art Varneys Absichten auf das Leben der Gräfin gebilligt. Dennoch drückte gerade dies Bewußtsein jetzt sein Herz am meisten, und obgleich er sich auf den bestimmten Gegenbefehl verließ, den er durch Lambourne gesandt hatte, so war es doch sein Vorsatz, sich selbst nach Cumnor-Place zu begeben, sobald die Königin seine Gegenwart nicht mehr forderte; er glaubte nämlich, sie werde Kenilworth sogleich verlassen.

Der Graf machte indessen die Rechnung ohne den Wirt. Zwar wirkte seine Gegenwart und die Unterhaltung mit ihm wie Galle und Wermut auf seine ihm einst so geneigte Gebieterin; die Königin bemerkte aber, daß sie ihren treulosen Günstling dadurch quälte, und da ihr jeder andre Weg zur Rache verschlossen war, so fuhr sie damit fort, und achtete so wenig auf die Qual, welche sie selbst dabei empfand, als der Wilde auf die Schmerzen seiner Hände achtet, wenn er mit glühenden Zangen das Fleisch seines gefangenen Feindes zerreißt.

Endlich verlor der stolze Lord, wie ein gehetztes Wild, die Geduld. „Majestät," sagte er, „ich bin sehr zu tadeln, mehr als Euer gerechter Zorn ausgesprochen hat — allein, erlaubt mir zu sagen, daß, wenn meine Schuld auch unverzeihlich ist, es doch nicht an Veranlassung dazu gefehlt hat und daß, wenn Schönheit und herablassende Würde das schwache Herz eines Sterblichen verführen konnten, diese beiden als Ursachen genannt werden müssen, die mich dahin brachten, mein Geheimnis vor Eurer Majestät zu verbergen."

Die Königin wurde über diese Worte, welche Leicester Sorge trug, so leise als möglich auszusprechen, damit niemand außer ihr sie höre, so bestürzt, daß sie schwieg und der Graf die Kühnheit hatte, seinen Vorteil zu verfolgen. „Eure Majestät," sagte er, „die so viel zu vergeben hat, wird mir auch mit königlicher Gnade jene Reden verzeihen, die gestern morgen nur als eine leichte Beleidigung angesehen wurden."

Die Königin heftete ihre Blicke auf ihn und antwortete: „Beim Himmel! Mylord, Eure Frechheit übersteigt allen Glauben und alle Geduld. Aber es soll Euch nichts helfen. Mylords! tretet alle näher und hört die Neuigkeit: Mylord Leicesters heimliche Heirat hat mich einen Gemahl und England einen König gekostet. Seine Herrlichkeit hatte einen patriarchalischen Geschmack — eine Frau genügte ihm nicht und Uns dachten sie die Ehre ihrer linken Hand zu. Nun, ist das nicht zu unverschämt, daß ich ihm nicht einige Zeichen der Hofgunst gewähren konnte, ohne daß er darum meine Hand und Krone zu seiner Verfügung glaubte. Ihr denkt indessen besser von mir und ich bemitleide diesen ehrgeizigen Mann wie ein Kind, dessen Seifenblase zersprang. Wir gehen jetzt in die Halle. Mylord von Leicester, Wir befehlen Euch, in Unsrer Nähe zu bleiben."

In der Halle herrschte die gespannteste Erwartung. Unbeschreiblich war das allgemeine Erstaunen, als die Königin zu denen, die ihr zunächst standen, sprach: „Meine Herren und Damen, die Feste von Kenilworth sind noch nicht zu Ende, wir haben die Vermählung des edlen Schloßherrn zu feiern."

Ein allgemeines Staunen flog durch den Saal.

„Auf Unser königliches Wort, dem ist so," sagte die Königin; „er hat dies sogar vor Uns geheim gehalten, um Uns an rechtem Ort und Zeit damit zu überraschen. Ich sehe, ihr sterbt vor Neugierde, um den Namen der glücklichen Braut zu erfahren — es ist Amy Robsart, dieselbe, die, um das Festspiel von gestern vollkommen zu machen, in der Maske der Gattin seines Dieners Varney erschien."

„Um Gotteswillen, gnädigste Gebieterin," sagte der Graf, indem er ihr mit einem Ausdruck von Demut, Kränkung und Scham in seinen Gesichtszügen nahte und so leise sprach, daß nur sie es hören konnte, „nehmt mein Haupt, wie Ihr mir gedroht habt, und erspart mir diesen Hohn. Quält einen Gefallenen nicht — tretet nicht auf einen zermalmten Wurm."

„Ein Wurm, Mylord?" rief die Königin in demselben Tone, „nein, eine Schlange ist ein besseres Gleichnis — die erfrorene Schlange, die in einem gewissen Busen erwärmt wurde."

„Um Eurer selbst, um meinetwillen; gnädigste Herrin," sagte der Graf, „so lange meine Vernunft mir noch bleibt."

„Redet lauter, Mylord," erwiderte Elisabeth, „und in weiterer Entfernung, wenn Euch gefällig ist. Euer Atem entsteift Unsre Halskrause. Was begehrt Ihr von Uns?"

„Erlaubnis," sprach demütig der unglückliche Graf, „mich nach Cumnor-Place zu begeben."

„Um Eure Gemahlin herzuholen? — Nun, das ist billig — denn wie Wir gehört haben, ist sie dort schlecht aufgehoben; aber Mylord, Ihr geht nicht selbst dorthin. Wir haben darauf gerechnet, mehrere Tage in diesem Schlosse Kenilworth zuzubringen, und es ist nicht artig, Uns während Unsres Hierseins ohne Wirt zu lassen. Wir können, mit Eurer Erlaubnis, solche Unhöflichkeit vor den Augen Unsrer Untertanen nicht dulden. Tressilian soll statt Eurer nach Cumnor-Place gehen und mit ihm ein Kavalier, der zu Unserm Dienst geschworen hat, sonst möchte Mylord Leicester wieder auf seinen alten Nebenbuhler eifersüchtig werden. Wen wollt Ihr zum Begleiter in diesem Geschäft, Tressilian?"

Tressilian nannte mit einer tiefen Verbeugung den Namen Raleigh.

(Fortsetzung folgt.)

Unternehmern zu zeigen, daß die Arbeiter keineswegs kampfesmüde sind, haben die Maurer am Montag zur Durchsetzung ihrer Forderungen mehrere neue Sperren verhängt. Verschiedenen Innungsmeistern ist diese Situation unangenehm, sie versicherten den Arbeitern, daß sie für eine Beilegung des Konflikts eintreten würden. Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter mögen beachten, daß der Lohnkampf in Hamburg weitergeführt wird und das Gebiet des Vier-Städte-Bundes deshalb zu meiden ist. —

Gefahr im Ruhrkohlen-Revier? Eine Massenversammlung der Bergarbeiter fand am 12. Juli in den Sälen der Borussia in Essen statt, wie man sie vielleicht seit dem Streik von 1899 nicht mehr gesehen hat. Beide Säle, Gallerie und Hof waren überfüllt. Der Andrang war so überwältigend, daß, wären die Säle doppelt so groß gewesen, sie ebenfalls überfüllt wurden. Der Zweck der Versammlung war die Besprechung der Lohndrückerei und des skandalösen Wagennullens auf den Gruben. Es kann nun, so schreibt die „Bergarbeiter Zeitung", mitgeteilt werden, daß nicht nur aus dem Essener, sondern auch aus verschiedenen andern Revieren an den Verbandsvorstand die Aufforderung ergangen ist, Stellung zu einem eventuellen Streik zu nehmen, da die Mißhandlungen auf den Zechen auf die Dauer nicht mehr ertragen werden könnten. Die Essener Versammlung sollte u. a. auch dienen einer Aufklärung der ganzen Bevölkerung über die tatsächlichen Bergarbeiterverhältnisse. Das Referat hatte Kamerad Hué übernommen. Die Stimmung der Versammelten war eine äußerst erregte und von mehreren Kameraden wurde sogar der Streik verlangt. Wir wollen, so meint das Blatt, noch mitteilen, daß ein Beschluß angenommen wurde, der den Verbandsvorstand verpflichtet, eine Eingabe an den Verein für bergbauliche Interessen, an das Oberbergamt und das Ministerium zu richten betreffend die Lohndrückerei und das Wagennullen. Wir wollen hoffen, daß die Grubenverwaltung recht bald eine Aenderung der Verhältnisse vornimmt, damit es nicht zum Aeußersten kommt und unsre Industrie vor Schaden geschützt wird. Die Kameraden der andern Reviere müssen dem Beispiel der Essener folgen, damit das Volk erfährt, wer die Verantwortung für die zukünftigen Ereignisse trägt.

Werden die Grubenbarone gewissenlos genug sein, die Gefahr eines Riesenstreiks von 300 000 Arbeiter frech herauszufordern?

Eine schwarze Liste des Vereins der Glacee- und Weißleder-Industriellen flogt uns soeben auf den Redaktionstisch. Dieselbe enthält die Namen von 34 Arbeitern, die bei Louis Rabitz, Frankenhausen am Kyffhäuser und die Namen von 29 Arbeitern, die bei Ernst Otto ebendaselbst die Arbeit niedergelegt haben. Diese Arbeiter sollen mit Hilfe dieser Liste dauernd arbeitslos gemacht werden.

Und das nennt uns nun, wir terrorisieren! Kann es eine frechere Heuchelei geben? —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Juli 1903.

Hie Deutscher Metallarbeiter-Verband — hie Gewerkverein.

Am Dienstag abend fand im „Luisenpark" die Fortsetzung der Diskussion aus der Versammlung vom 9. Juli über das Verhalten der Leiter der Gewerkvereine (H.-D.) statt. Sie fand auch statt. Vorerst mußten die Anwesenden auf eine weitere Diskussion mit den Herren Trobert, Schäfer usw. verzichten, weil — man weiß, die Herren es vorgezogen hatten, diesmal nicht zu erscheinen. Aus diesem Grunde begnügten sich die einzelnen Redner mit einigen Richtigstellungen und einer heftigen Kritik über das Verhalten der Führer der Hirsch-Dunckerschen Abteilung, um sich dann wieder produktiven Aufgaben zuzuwenden.

Folgender Bericht geht uns zu:

Der Vorsitzende Genosse Voß macht bekannt, daß in der letzten Ausschußsitzung der Gewerkvereine Hirsch-Duncker der Fall Fellgiebel noch einmal zur Sprache gekommen ist. Es war — so den Bericht, den über diesen Fall die „Magdeburgische Zeitung" bringt. „Siehe an andrer Stelle. Red. d. V.") Da Herr Schäfer, der eigentlich als erster Redner das Wort in dieser Versammlung haben müßte, nicht anwesend ist, erhält Genosse Hähnsen als zweiter das Wort.

Derselbe wendet sich zunächst zu den Ausführungen des Herrn Trobert in der ersten Versammlung, der einen „Gewerkvereinler" Fellgiebel gar nicht kennen wollte. Auf die Argumentation der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wenige diese Argumentation ein eigenartiges Licht. Das weiteren kritisiert Redner die Ausführungen, die Herr Trobert gegen die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Herr Fellgiebel in der Hutfabrik-Versammlung der Hirschschen Partei bei der Reichstagswahl gegen die sozialdemokratischen Kandidaten gemacht haben. Die Rolle, die die Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine beim Wahlkampfe in Berlin gespielt haben, beweise, daß sie niemals ernstlich gewillt waren, selbständig einen Kampf um Gleichberechtigung der Arbeiter zu unternehmen. Es sei die höchste Zeit, daß die Mitglieder der Gewerkvereine mit ihren Führern radikal machen. (Beifall.)

Genosse Fischer gewährt den Anblick eines Flugblattes, das von den Führern der Gewerkvereine in Berlin zur Verteilung gelangt ist. Auf die politischen und ökonomischen Ausführungen der Gewerkvereinler wirft der Inhalt des Flugblattes ein grelles Licht. Redner ist ebenfalls der Meinung, daß die Mitglieder der Gewerkvereine von ihren Führern gemißbraucht werden.

Genosse Kunz beschäftigt sich mit der eigentümlichen Tatsache, daß sowohl Gewerkvereine Mitglieder der Gewerkvereine sind. Als Beispiel seien diese genau so schlimm wie die gelben Knechte.

Nachdem der wiederholten Aufforderung an die Gewerkvereinler, sich zum Wort zu melden, nicht entsprochen wird, nimmt Genosse Voß das Wort und erläutert an der Hand der eigenen Erfahrungen, daß Führer wie Fellgiebel den modernen Forderungen der Arbeiter verständnislos gegenüberstehen. Es ist mehr als nötig, heute nach den Lehren von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit etwas vorzupfeifen. Redner ist der festen Ueberzeugung, daß ein großer Teil der Angehörigen der Gewerkvereine sozialdemokratischen Anschauungen huldigen. Mit dieser Tatsache müsse gerechnet werden im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Beim Streik der Former in Zorge, der jetzt nach 18wöchentlichem Kampfe als ein Sieg der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angesehen werden kann, sei das Verhalten der Gewerkvereinler ein durchaus inkorrektes gewesen. Redner hofft, daß ohne die Führer ein gemeinsames Zusammengehen mit den Gewerkvereinlern doch noch zu stande kommen wird.

Nachstehende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Die am 14. Juli 1903 von Mitgliedern aller Metallarbeiter-Organisationen besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im „Luisenpark" bezeichnet die Handlungsweise einer Anzahl in leitenden Stellungen befindlichen Mitgliedern der Gewerkvereine H.-D. als Verrat an den Interessen der Arbeiter. Sie weiß, daß das Gros der Mitglieder daran keinen Teil hat und erwartet deshalb, daß die Versammlungen vom 9. 7. und 14. 7. Klärung in der Arbeiterschaft wenigstens in Magdeburg geschaffen haben, wodurch das so notwendige Zusammenarbeiten aller Metallarbeiter in Zukunft möglich sein wird."

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zum zweiten Punkt, Antrag der Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Stellungnahme zu einer Eingabe an den Metallindustriellen-Verband, betreffend Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Metallindustrie Magdeburgs, hält Genosse Brandes das einleitende Referat. Redner führt alle die Argumente an, die angetan sind, eine Verkürzung der Arbeitszeit als im Interesse der Kultur und der Sittlichkeit notwendig erscheinen zu lassen. Wenngleich zur Zeit die Metallindustrie sich noch in einer Krise befindet, so sei doch eine frühzeitige Inangriffnahme dieser Frage geboten. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann muß es uns gelingen, auch die Gewerkvereinler für die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu interessieren.

Nachdem sich noch Genosse Kleinert für die Verkürzung der Arbeitszeit, unter entsprechender Erhöhung des Lohnes, ausgesprochen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 14. Juli 1903 im „Luisenpark" von Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen der Eisen- und Metallindustrie besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung hält zur Vermeidung des weiteren Umsichgreifens der Schwindsucht und andrer Krankheiten, zur Verringerung der Unfallziffer und zur Hebung der Bildung im Allgemeinen, wie der technischen, eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit gerade jetzt ohne wesentliche Betriebsstörungen möglich sein wird, da jetzt die Arbeitgeber Gelegenheit haben, sich an die veränderte Betriebsweise zu gewöhnen, so daß spätere Störungen ausgeschlossen sind. Die Versammlung beauftragt das Bureau, im Einverständnis mit den übrigen Organisationen die Resolution mit entsprechender Begründung zu versehen, dem Vorstande des Verbandes der Metallindustriellen zu übermitteln und zu geeigneter Zeit einer einzuberufenden öffentlichen Versammlung Mitteilung über den Verlauf der Eingabe zu machen."

Der Vorsitzende Voß weist noch darauf hin, daß es bei den über diesen Punkt kommenden Verhandlungen noch zur Regelung einer ganzen Anzahl von weiteren Fragen kommen wird.

Zum Punkt Verschiedenes fordert der derzeitige Vorsitzende der Zahlstelle Magdeburg des Verbandes der Barbiere und Friseure die Kameraden auf, ihre junge Organisation dadurch zu unterstützen, daß sich die organisierten Metallarbeiter in den Barbiergeschäften die Kontrollkarte der Gehilfen zeigen lassen, um festzustellen, daß diese dem Verband angehören.

Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, unentwegt für die Stärkung des Verbandes zu sorgen, wird die Versammlung geschlossen.

Die nächste Aufgabe der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird sein, zu versuchen, die Mitglieder der Gewerkvereine durch eine sachgemäße Aufklärung für die gemeinsamen Interessen der gesamten Metallarbeiter zu interessieren. Es wird und muß uns gelingen, bei der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit dem Unternehmertum eine stärkere organisierte Arbeiterschaft gegenüberzustellen. An die Arbeit, Gewerkvereinler! —

— **Fellgiebels Winkelzüge und Hirsch-Duncker'sche Inkonsequenz.** Jetzt endlich hat auch der Ortsverbands-Ausschuß der Gewerkvereine (H.-D.) zu Herrn Fellgiebels Arbeiterfreundlichkeit Stellung genommen. Es waren wie die „M. Z." mitteilt, „sämtliche Vertreter und viele Unterverbandsmitglieder erschienen". Warum nicht mehr also? — Der für Rabach wie für Arendt in gleicher Weise stimmende Fellgiebel versuchte auch vor diesem Forum wieder den wahren Sachverhalt zu entstellen. Darum sich mutig dem Angreifer entgegenzustellen, hält er sich fernerhin an Scharfmachereien — und mit Erfolg. Wenn er aber glaubt, er sich damit herausreden, daß er „als Staatsbürger" gehandelt habe. Wieder, wie schon wiederholt, ist unwidersprochen geblieben, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterverbandes öffentlich für den arbeiterfeindlichen Mann eingetreten ist. Um es nochmals zu wiederholen, da Herr F. offenbar kein scharfes Gedächtnis hat, ist hierher gesetzt, was F. am Stichwahltage im „Generalanzeiger" veröffentlichte und wie er unterzeichnete. Es heißt es:

„Die Stichwahl zum Reichstag, die am 25. Juni jetzt Gewerkvereinler, [illegible] gewinnen Anhänger Herrn Rudolf Arendt. F. Fellgiebel, Vorsitzender des Ortsverbandes Magdeburg und Umgegend der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.)."

Es ist charakteristisch für die Mitglieder des Ausschusses daß sie auch diese klaren Beweise Herrn Fellgiebels Winkelzüge nicht durchschauen.

F. versuchte sich dann noch als Märtyrer und die verfolgte Unschuld aufzuspielen. In der „M. Z." heißt es darüber:

Sollte er aber nach den Vorgängen das Vertrauen des Ortsverbandsausschusses nicht mehr besitzen, so legte er sein Amt nieder — aber nicht, weil es die Sozialdemokratie so will. Denn daß diese sich so sehr mit der Sache und dem sowie von ihr verachteten Gewerkvereine beschäftigt, müsste seinem besondern Grund haben. Er Fellgiebel, sei eben dem Sozialdemokraten unbequem. Ehe aber von dieser Seite noch nur ein Quatsch aus dem Ortsverbande entschwinde, gehe er lieber.

Das ist eben nicht wahr! F. wird aus bestimmten Gründen nicht gehen. Denn er bekommt in diesem Posten viel zu sehr. Daß uns Herr F. „unbequem" wäre, hat der reklamesüchtige Herr nur geträumt. — Trotzdem nun verschiedene Ortsvereine sich scharf gegen F. ausgesprochen, nahm der Ausschuß — ein Beweis, daß viele Unterverbandsmitglieder nicht da waren — folgende Resolution an:

Die am 14. Juli tagende Ortsverbandsausschußsitzung erklärt: Das Vorgehen des Ortsverbandsvorsitzenden Fellgiebel bei der Reichstags-Stichwahl in Magdeburg wird gemißbilligt und als im Auftrage des Gewerkvereins geschehen nicht anerkannt. Im übrigen erkennt der Ortsverbandsausschuß die neue Tätigkeit des Herrn Fellgiebel für Interessen der Gewerkvereine an.

Der letzte Satz ist das höchste Dementiehen und Daran klammert sich der Herr nun in alle Ewigkeit.

Noch „konsequenter" aber handelten die Maschinenbau- und Metallarbeiter des Ortsvereins Magdeburg, indem sie ihr „Bedauern" darüber aussprachen, daß „sich Herr Fellgiebel in seinem Eifer zu weit hinreißen ließ, in einer öffentlichen politischen Versammlung im Namen der Gewerkvereine zu reden, erkennen es aber dankbar an, daß er in dem offenen Brief an Herrn Bebel den Angriffen dieses sozialdemokratischen Führers auf die Gewerkvereine entgegengetreten ist".

Wie mag man Arbeiter, die es fertig bringen, die Bebel-Anrempelei durch F. gutzuheißen, bearbeitet haben! Wie mag man sie — „unterrichtet" haben darüber, wer die Inserate bezahlt hat! Man müßte wirklich an dem gesunden Sinn der Arbeiter verzweifeln, wenn man nicht wüßte, daß die Einsichtigen unter den Hirsch-Dunckerschen (siehe die früheren Berichte) Herrn F. längst abgeschüttelt hätten. —

— **Liberale Arbeitersekretariate.** Die „Magd. Ztg." schreibt am Schlusse eines Artikels über „die Arbeitersekretariate":

Da die Auskunfterteilung nur zum Teil unentgeltlich erfolgt, so bietet sich hier vielleicht der Punkt, an dem von liberaler Seite eingesetzt werden sollte und könnte. Würde sich nicht die Errichtung von Auskunftsbureaus empfehlen, in denen Arbeitern und kleinen Handwerkern unentgeltlich Rechtsbelehrung in allen sie interessierenden Fragen erteilt wird?

Die Auskunftserteilung erfolgt überall — auch im hiesigen Gewerkschaftssekretariat — völlig kostenlos, nicht nur „zum Teil". — Im übrigen sind wir gern erbötig, an dem Tage, an dem ein liberales Arbeitersekretariat errichtet wird, einen Taler in die nationalliberale Parteikasse zu zahlen. Die Unternehmer, welche aus der Gesetzesunkenntnis der Arbeiter Gewinn ziehen, werden sich hüten, dafür zu bezahlen, daß die Arbeiter ihnen gegenüber ihre Rechte wahrnehmen können.

— **Die Geschäftslage im Magdeburger Buchdruckgewerbe** war während des verflossenen zweiten Quartals ungünstiger als im ersten. Das Angebot von arbeitslosen Gehilfen verringerte sich zwar von 102 auf 95 (welches Weniger allein auf die Setzer entfällt, da die Drucker sich mit 18 Arbeitslosen gleich blieben), aber das Zurückgehen der Nachfrage von 80,39 auf 44,21 Prozent ist Beweis für die Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Zieht man nun in Betracht, daß die Reichstagswahlen dem Druckgewerbe nicht unbeträchtliche Aufträge gebracht haben, so müßte das Ergebnis des zweiten Quartals trotz der gewohnheitsmäßigen Erscheinung stilleren Geschäftsganges in den Sommermonaten doch noch befremden, wenn nicht eine andere Erklärung von Bedeutung für diesen enormen Rückgang vorhanden wäre. Nach den Feststellungen des Paritätischen Arbeitsnachweises der Buchdrucker ist nämlich der Zugang von auswärtigen bezw. in anderen Druckorten arbeitslos gewordenen Gehilfen ein so hoher, daß unmöglich der hiesige Platz für ein solches Angebot Deckung schaffen kann. Die Nachfrage von auswärtigen Druckereien aber (21,5 Prozent der Vermittelungen) ist zu schwach, um das starke auswärtige Angebot (42,15 Prozent der Gesamtmeldungen) auszugleichen. Nach Erwägung und Berücksichtigung dieser Umstände würde also das von Magdeburg selbst vorliegende Bild ein besseres werden. Die Thatsache ist jedoch nicht zu bestreiten, daß durch die in den umliegenden Orten, speziell in Schönebeck, Egeln und Staßfurt, betriebene maßlose Lehrlingszüchterei und dadurch ermöglichte Schmutzkonkurrenz die Lage der Magdeburger Druckereien recht ungünstig beeinflußt wird und diese teilweise auch in Magdeburg, wenn auch nur in abgeschwächtem Maße, bestehenden Uebelstände eine starke Rückwirkung auf den hiesigen Arbeitsmarkt ausüben. Hoffentlich bringen aber die gegen diese Auswüchse eingeleiteten Schritte und gesetzlichen Maßnahmen die so sehr nötige Besserung. Von den drei Monaten des zweiten Quartals war der Mai der flauste. —

— **Herr Schütte und die Arbeitergroschen.** Die Klempner der Klempnerei von H. Schütte, hier, Wilhelmstraße, hatten sich im Mai durch einmütiges Zusammenhalten eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen errungen. Ende Juni waren die großen Bestellungen fertig und so wie es Herr Sch. schon häufig gemacht hat, so machte er es wieder, er entließ eine große Anzahl Leute, und hauptsächlich die, welche den höchsten Lohn hatten. Einen der Kollegen hatte Sch. entlassen und nach einigen Tagen wieder Arbeit angeboten mit dem Bemerken, wenn er sich 3 Pfg. abziehen lassen wolle pro Stunde, dann könne er wieder anfangen.

Die fragliche Lohnbewegung im Mai entstand hauptsächlich wegen der brutalen Behandlung seitens des Meisters Brendel und der Erfolg war der, daß die Kollegen das ausdrückliche Versprechen einer anständigen Behandlung bekamen. Dafür scheint sich Herr B. jetzt rächen zu wollen. Er provoziert die Leute permanent und beleidigt sie. So sagte er u. a.: „Euer Bebel lebt von Arbeitergroschen und ist deshalb ein Lumpenproletarier." Diese Aeußerung zeigt die Kenntnisse dieses Mannes.

Das steht aber fest, wir werden uns die Handlungsweise des Herrn Schütte merken und im Augenblicke, wo er wieder Leute braucht, ihm beim Suchen von Arbeitskräften behilflich sein, daß er seine Freude haben kann. Treten läßt sich die Arbeiterschaft von heute nicht mehr. —

— **Die Landwehrübungen,** die in der Zeit vom 26. Juni bis 9. Juli stattfanden, beanspruchten diesmal besonders Interesse, denn es waren nur Leute der ersten Jahrgänge mit zweijähriger Dienstzeit zur Uebung einberufen worden. Die Worte, die nach der am vergangenen Mittwoch stattgefundenen Vorstellung die höheren Offiziere an die Landwehrmänner richteten, drückten die Zufriedenheit der Herren mit den Leistungen aus. Die Vorzüge der zweijährigen vor der dreijährigen Dienstzeit sind also von den militärischen Vorgesetzten aufs neue bestätigt worden.

Während bei früheren Landwehrübungen nur nötig war, das während der aktiven Dienstzeit und den Reserveübungen Gelernte durch Uebung in Erinnerung zurückzurufen, kam diesmal das Ueben von „in Fleisch und Blut Uebergegangenen" weniger in Betracht. Es handelte sich vor allem um die Ausbildung mit dem „Gewehr 98" und um das Vertrautmachen mit der neueren Gefechtstaktik.

Die enorme Hitze der letzten Tage des Juni und der ersten Tage des Juli im Verein mit dem für die Reservisten ungewohnten Tragen der Uniform und der Ausrüstung strengte die Landwehr natürlich in hohem Maße an, die Anforderungen an Körperkraft und Ausdauer waren deshalb sicher nicht gering und wir hoffen, daß aus diesem Grunde seitens des Generalkommandos für ausreichende Ruhe der Mannschaften bei allen Kompanien Sorge getragen wurde.

Daß die industrielle Arbeiterschaft, aus der doch der größte Teil der Landwehrkompagnien besteht, sich ohne

weiteres den an sie gestellten Anforderungen gewachsen zeigte, ist für jeden Kenner unsrer Verhältnisse selbstverständlich, denn jeder sagt sich: Ist einmal wirkliche Gefahr für unser Vaterland vorhanden, sei es, daß diese von außen oder von den Staatsstreichpolitikern im Innern droht, dann schadet es uns sicher nicht, wenn jeder mit den vorhandenen Waffen genau Bescheid weiß.

Uns auf tiefgründige militärische Untersuchungen über die Richtigkeit der jetzt gelehrten Gefechtsweise einzulassen, erscheint uns ziemlich müßig. Das „Gewehr 98" soll „besser" sein, als das „Gewehr 88". Sie sehen ja auch ganz nett aus, die Danziger Flinten. Ob aber die Vorteile des neuen Gewehres die ungeheuren Kosten der Neubewaffnung und Ausbildung von Hunderttausenden mit der neuen Waffe unbedingt nötig erscheinen ließen, das wird wohl die übergroße Mehrzahl der steuerzahlenden Landwehrmänner billig bezweifeln. Die Neubewaffnung kostet heidenmäßig viel Geld und die Ausbildung der Landwehr und der Reservisten verschlingt Unsummen, die ewig für nützlichere Zwecke verloren sind.

Wäre die Neubewaffnung nicht, dann wären die Landwehrmänner vielleicht nur zu einer achttägigen Uebung eingezogen worden, und diese, wenn auch noch bitter genug von den meist zahlreichen Familien der Betroffenen empfunden, hinterläßt doch nicht die wirtschaftlichen Folgen eines vierzehntägigen Lohnausfalles. Wir können versichern, daß gerade die Teilnahme an einer Uebung viele von der Schädlichkeit des Militarismus überzeugt und zu begeisterten Anhängern unsrer großen Sache macht. An dieser Tatsache können auch die heutzutage üblichen, jeden verständigen Menschen humoristisch anmutenden patriotischen Reden mancher gutgenährten Herren nichts ändern. —

— **Der patriotische Wurstmacher.** Bei dem Fest der Fleischer-Gesellenschaft anläßlich der Jubelfeier der Fleischer-Innung brachte der Altgeselle Schuwecke ein Kaiserhoch aus. —

— **Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 29. März bis zum 4. April war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amts folgende: Geboren wurden 65 männliche, 66 weibliche, zusammen 131 Personen; totgeboren 2. Gestorben sind 38 männliche, 34 weibliche, zusammen 72 Personen, darunter an Diphtherie und Krupp 2. Die Zahl der Zugezogenen betrug 4154, die der Fortgezogenen 5383. Die Bevölkerungszahl am 4. April stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 345, Wilhelmstadt 25 086, Friedrichstadt mit Werder 9292, Sudenburg 31 082, Neustadt 47 310, Buckau 24 443, zusammen 228 558 Personen (113 173 männliche, 115 385 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 1172 Personen. —

— **Verkehr in den Krankenanstalten.** Die Belegung unsrer Krankenanstalten ist im verflossenen Verwaltungsjahre April 1902—1903 wieder recht erheblich gewesen. Die Krankenanstalt Altstadt hatte im Ganzen 5472 Kranke und die Zahl der Verpflegungstage betrug 162 763. In der Krankenanstalt Sudenburg betrug die Gesamtzahl 4357 mit 123 203 Verpflegungstagen. Im Neustädter Krankenhause betrug die Zahl der Kranken im Ganzen 930 mit 9301 Verpflegungstagen. —

— **Allen Badelustigen** seien folgende Regeln zur Beherzigung empfohlen: 1. Lege den Weg zur Badeanstalt in mäßiger Schnelligkeit zurück. 2. Bei der Ankunft beachte Strömung und Bodenverhältnisse. 3. Entkleide dich langsam, gehe aber dann sofort ins Wasser. 4. Tauche schnell und ganz unter. 5. Bleibe nicht allzulange im Wasser, zumal wenn du nicht kräftig bist. 6. Kleide dich nach dem Bade schnell wieder an. — Wenn irgend möglich bade nicht: 1. Bei heftigen Gemütsbewegungen. 2. Nach durchgewachten Nächten. 3. Bei Unwohlsein. 4. Nach Mahlzeiten und besonders 5. nach dem Genuß geistiger Getränke. —

— **Bankiermoral.** Die alte und doch ewig neue Geschichte. Er ein reicher Mann, sogar Bankier; sie, arm, aber hübsch, nebenbei noch talentierte Schauspielerin. Später ein Kind, dann Alimente — fi done. Wie unendlich oft haben sich Gerichte und Romanschreiber mit diesem Urtext in tausenden von Variationen schon beschäftigt. Welche abschreckenden Beispiele von moralischer Verlumptheit weisen nicht die täglichen Skandalgeschichten der Großstädte auf. Wieviel Selbstmorde und ruiniertes Lebensglück sind nicht als Folge aus derartigen Verhältnissen zu verzeichnen? Und doch! Immer und immer wieder lassen sich die Vertreterinnen des schwachen Geschlechts von geldbesitzenden Protzen betören. Einer kurzen Periode des Genusses folgt dann in der Regel ein Leben voller Entbehrung, Enttäuschung, und in vielen Fällen ein frühzeitiges Grab.

Am Dienstag spielte sich vor den Schranken des hiesigen königlichen Landgerichts so ein Stückchen Roman ab. Der Bankier Otto Grunsfeld zu Kassel hatte ein Verhältnis mit der Schauspielerin Martha Kretschmer, das, wie gewöhnlich, nicht ohne Folgen blieb. Weil der Bankier das Glück hatte, vor Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches das Kind zu zeugen, und weil Martha Kretschmer das Unglück hatte, schon vorher ein uneheliches Kind zu haben, so wurde sie seiner Zeit mit ihrer Alimentationsklage gegen Grunsfeld abgewiesen. Der Ehrenmann, der in guten Verhältnissen lebte, nützte seine Position natürlich aus, indem er dem Bitten und Flehen der unglücklichen Mutter um Unterstützung ein beharrliches Stillschweigen entgegenbrachte. In ihrer Verzweiflung greift die Unselige zu einem Mittel, das nach den Paragraphen des Strafgesetzbuches schwer bestraft wird, sie versucht das, was man ihr vorenthält, durch öffentliche Drohungen zu erpressen. Das arme Weib weiß nicht, daß der bürgerliche Moralkodex nunmehr den Bankier zu dem „verfluchten Kerl" stempelt, der im Ansehen seiner Klassengenossen steigt, je mehr „Weiber" er auf dem Gewissen hat. 1 Monat Gefängnis, und das von Rechts wegen, war das Fazit des jahrelangen Kampfes der Betrogenen einer Stütze der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Nachstehend der Bericht:

Die Schauspielerin Marta Kretschmer hier, geboren 1874, hatte in früheren Jahren ein Verhältnis mit dem Bankier Otto Grunsfeld zu Kassel, aus dem angeblich das von ihr 1896 geborene Kind herrührte. Ihre Klage auf Zahlung von Alimenten wurde 1897 abgewiesen, weil sie schon vorher ein uneheliches Kind gehabt hatte. Seitdem hat sie fortgesetzt an Grunsfeld, der in guten Verhältnissen lebt, Postkarten des Inhalts geschrieben, sie werde ihr Verhältnis mit ihm in den Zeitungen veröffentlichen und sich an seine Verwandten wenden, — Sternberg sei gegen ihn noch ein Waisenknabe etc. — wenn er kein Geld für sein Kind schicke und seine Vaterpflicht erfülle. Es werden 16 Postkarten aus den Jahren 1902 und 1903 verlesen, die zum Teil auch Schimpfworte enthalten. Die Angeklagte entschuldigte sich mit ihrer großen Notlage. Sie sei längere Zeit krank gewesen und habe mit ihrem Kinde hungern müssen, während sein Vater in Reichtum schwelgte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, geißelte in scharfen Worten das Verhalten des reichen Bankiers der armen, in bittere Not geratenen Angeklagten gegenüber und ersuchte um milde Strafe. Die Kammer erkannte wegen versuchter Erpressung und öffentlicher Beleidigung auf einen Monat Gefängnis.

Herr Grunsfeld, der wohlhabende Mann, ist durch Richterspruch nunmehr vor weiteren „Anpöbelungen" des „Frauenzimmers" geschützt. Was schert es ihm, ob sein Kind während des Monats, wo die Mutter ins Gefängnis geht, bei fremden Leuten darbt. Beim schäumenden Sekt wird er in übermütiger Laune und in gleicher Gesellschaft über sein Verhältnis mit „der Kretschmer" ein paar faule Witze reißen, die von der andern Seite roh belacht werden, und damit ist die Geschichte für ihn erledigt, und für die herrschende Moral der Bourgeoisie ebenfalls. —

— **Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist . . . .** Im Mai stürzte vom Justizneubau in Sudenburg ein Dachdecker ab. Jetzt hat daraufhin die Dachdecker-Zwangsinnung folgenden Antrag des Mitgliedes Steinbrecher angenommen:

„Die Versammlung der Dachdecker-Zwangsinnung vom 12. Juli 1903 stellt den Antrag an den Bund deutscher Dach- und Ziegeldecker-Innungen, Berlin, sowie an die Magdeburger Baugewerks-Berufsgenossenschaft, zu den Unfallverhütungs-Vorschriften folgenden Paragraphen einzufügen: Bei allen aufzuführenden Neubauten, welche ein Dach mit einer Steigung von 30 Grad und darüber erhalten, ist das Maurergerüst an den Fronten bis auf Brusthöhe vom Hauptgesims, und zwar vor Inangriffnahme der Dachdecker- und Klempnerarbeiten, aufzuführen und darf vor vollständiger Fertigstellung erwähnter Arbeiten nicht wieder abgenommen werden, um das Herabfallen von Menschen, Materialien, Geräten usw. bis auf den Erdboden zu verhindern."

Für den verunglückten Dachdecker wäre es besser gewesen, die Herren Meister hätten vorher diese löbliche Einsicht bekundet. —

— **Verlorene Schwester.** Im „Berl. Lok.-Anz." finden wir heute folgendes Inserat:

Schwester Gertrud Schönner
komme sofort zu deiner Schwester nach Magdeburg.
Du bist unberechtigt in Angst, es liegt keine Straftat vor,
die Nachfragen nach Dir von der Polizei haben keine
Bedeutung. Du hast nichts zu fürchten. Elise.

— **Die Leichen** der beiden Arbeiter Ries und Gundermann, die am Dienstag voriger Woche ertrunken waren, sind nunmehr gelandet und auch bereits begraben worden. Die Leiche von Ries wurde am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr in der Nähe von Glindenberg, die von Gundermann am Montag zwischen Lostau und Hohenwarte an das Land gespült. Zwei Frauen und sechs Kinder trauern um die so jäh aus dem Leben geschiedenen Gatten und Väter. —

— **Richtigstellung.** In dem Bericht über die Zimmererversammlung in der Nr. 160 der „Volksstimme" ist durch ein Versehen des Schriftführers ein Schreibfehler zum Abdruck gelangt. Es muß heißen in den 4 Zeilen von unten: „Erklärung", nicht Ehrenerklärung.

Provinz und Umgegend.

Diesdorf, 13. Juli. (Versammlung.) Am Sonnabend tagte eine Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins im Hildebrandschen Lokale. Die Abrechnung über die Wahl ergab folgendes: Einnahme 425,61 Mark, Ausgabe 376,70 Mark, Bestand 48,91. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit, worauf dann dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Für unsern gemaßregelten ersten Vorsitzenden Genossen K. Meicberg wurde, da derselbe Diesdorf verlassen mußte, Genosse Stettin gewählt. Nachdem noch ein Austausch über Erlebnisse bei der letzten Wahl stattgefunden hatte und die nächste Versammlung auf den 1. August festgesetzt, wurde die Versammlung geschlossen. —

△ **Altenplathow,** 15. Juli. (Verunglückte Staatsrettung.) Mehr Vorsicht als der Amtsvorsteher Voigt von Milow bei Versendung von Strafmandaten, wendete man dieser Tage in Ferchow an. Dort waren am 13. April vier Genossen von Altenplathow sorgfältig von einem eifrigen Gendarmen notiert worden, weil sie — Flugblätter verbreitet hatten. Bald darauf folgte ein hochnotpeinliches Verhör vor dem Amtsvorsteher von Altenplathow und die Genossen sahen schon einen großen Prozeß heranwachsen, allerdings mit der größten Ruhe. Jetzt wurde ihnen vom Amtsgericht Ferchow mitgeteilt, der Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft auf Erlaß eines Strafbefehls von 10 Mark pro Mann sei abgelehnt, „da die den Beschuldigten zur Last gelegte Tat sich weder als eine öffentlich bemerkbare gewerbliche, noch als eine geräuschvolle in Häusern und Betriebsstätten darstellt." — Mit der Staatsrettung war's wieder mal nichts!

Aus dem Harz, 15 Juli. (Die Berliner) kommen in großen Scharen hierher. In der Zeit vom 1. bis 5. Juli wurden allein auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin 2802 Fahrkarten nach dem Harz verkauft und an Gepäck 3167 Stück abgefertigt. Dazu kam noch die Gepäckabfertigung für die Sonderzüge mit 571 Stück. —

Genthin, 13. Juli. (Frau Steindach-Hamburg) sprach gestern in öffentlicher Versammlung über das Thema: „Wie überwinden wir den wirtschaftlichen Niedergang". Leider war die Versammlung infolge eines kurz vorher niedergehenden Gewitters nicht so stark besucht als wie es im Interesse der Sache zu wünschen gewesen wäre. Die Referentin legte an der Hand von Beispielen den anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen dar, wie man durch das Genossenschaftswesen neben der Gewerkschaft und der politischen Partei dazu beitragen könne, materielle Vorteile sowohl wie Erfolge auf idealem Gebiete zu erringen. Zum Schluß forderte sie die Anwesenden auf, treu zum Konsumverein zu halten und neue Mitglieder zu werben. —

Halle, 15. Juli. (Die 47. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner) wird vom 6. bis 10. Oktober hierselbst tagen. Für die allgemeinen Sitzungen sind 13 Vorträge angemeldet, unter anderm wird Professor Hülsen, der Sekretär des deutschen archäologischen Instituts in Rom, über die Ausgrabungen auf dem Forum Romanum sprechen, Professor Muff aus Worms über Sophokles in der Schule, Panzer aus Freiburg über Dichtung und bildende Kunst des deutschen Mittelalters, Popich aus Würzburg über Chor und Volk im antiken und neuen Drama. —

Oschersleben, 14. Juli. (Versammlung). Hier tagte im „Feldschlößchen" am Sonntag den 12. Juli, nachmittags, eine öffentliche Mälzer- und Brauereiarbeiter Versammlung, in der der Vorsitzende des Verbandes, Bauer aus Hannover, über die Lage der Mälzer- und Brauereiarbeiter in Oschersleben referierte. Außerdem kamen die Maßreglungen auf der Vereinsbrauerei „Storchshöhe" zur Besprechung. Die Herren Arbeitgeber eventl. die Direktoren, Braumeister usw. waren zu dieser Versammlung ebenfalls eingeladen, aber wie gewöhnlich, nicht erschienen. Folgende Resolution kam einstimmig zur Annahme: „Die heute am 12. Juli 1903 im „Feldschlößchen" tagende Mälzer- und Brauereiarbeiter-Versammlung ersieht aus den Ausführungen des Referenten, daß es unbedingt notwendig ist, die Lage der Mälzerei- und Brauereiarbeiter zu verbessern und verpflichtet sich, mit allem zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die Besserstellung derselben einzutreten. Die Versammlung verurteilt aufs Entschiedenste die Handlungsweise des Herrn Direktors der Vereinsbrauerei und erblickt in dessen Vorgehen einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Ferner erklärt die Versammlung die Handlung der Entlassung des Hilfsarbeiters in der Vereinsbrauerei als eine direkte Maßreglung. Die Versammlung beschließt, dahin zu wirken, daß der zu Unrecht Entlassene wieder eingestellt wird. Sollte die Direktion der Vereinsbrauerei den berechtigten Wünschen der Versammlung kein Gehör schenken, so hat der Hauptvorstand die organisierte Arbeiterschaft von Braunschweig, Magdeburg, Halberstadt und Oschersleben in Kenntnis zu setzen. —

‡ **Staßfurt,** 14. Juli. (Zur Stadtverordnetenwahl) liegt die Liste der stimmberechtigten Bürger vom 15. bis 30. Juli im Rathause zur Einsicht aus. —

Staßfurt, 14. Juli. (Die Kommission der Volksbibliothek) hielt am Sonntag nachmittag eine Sitzung ab. Die Delegierten des Gewerkschaftskartells, der Böttcher, Holzarbeiter, Zimmerer, Kupferschmiede, Holzarbeiter, Zimmerer, Kupferschmiede und der Arbeiter-Radfahrer fehlten ohne Entschuldigung. Letztere halten es überhaupt nicht für notwendig, einen Delegierten zu entsenden. Aus dem Bericht vom 2. Quartal geht hervor, daß die Leserzahl eine sehr eminente war. Benutzt wurde die Bibliothek von 138 Personen. Der Antrag, für 13,00 Mark Bücher, darunter die Volksausgabe Zolaischer Romane anzuschaffen, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß vom 15. Juli ab die Leihzeit für kleine Bücher — bis 300 Seiten — 2 Wochen beträgt und 5 Pfennig kostet. Für große Bücher sind 4 Wochen festgesetzt und kosten 10 Pfennig Leihgebühr. Die Ausgabe der Bücher erfolgt am Mittwoch abend von 7—9 und Sonntags von 11—1 Uhr in „Wießners Café". Mit einem Hinweis, daß die Delegierten in ihren Gewerkschaften dafür streben, die Bibliothek mehr wie bisher in Anspruch zu nehmen, wurde die Sitzung geschlossen. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Das schon seit geraumer Zeit zwischen dem Austräger einer Köthener Zeitung, einem 16jährigen Burschen, und einer Anzahl Dorfjungen bestehende gespannte Verhältnis führte dieser Tage vor dem Dorfe Osternienburg zu einem blutigen Rekontre. Die Dorfhelden empfingen den vom Bahnhofe kommenden Austräger mit Steinwürfen. Dieser sprang zwischen die Knaben und schlug mit einer geladenen Pistole um sich, wobei sich die Waffe entlud und eine Kugel einem elfjährigen Knaben in den Arm drang. — Bei Arneburg a. d. Elbe, wo er mit Mutter und Geschwistern die Ferien verlebte, ertrank Montag nachmittag 6 Uhr beim Baden in der Elbe der 12jährige Sohn Fritz des Zigarrenfabrikanten Truckenbrodt aus Neuhaldensleben. — Der 15jährige Hüttenarbeiter Gustav Bauer in Qudlinburg manipulierte in seiner Wohnung so unglücklich mit einem Taschenrevolver, daß derselbe plötzlich losging und die im Zimmer befindliche Mutter des jungen Mannes so unglücklich in den Rücken unterhalb des linken Schulterblattes traf, daß eine Hauptader getroffen wurde und die Bedauernswerte nach kurzer Zeit an innerer Verblutung starb. Die Frau stand im Alter von 62 Jahren. B. wurde verhaftet. — Von einem Schlaganfall wurde beim Baden in der Elbe der 21jährige Korbmachergeselle Otto Stallbaum, Vorturner im Männerturnverein von 1862, in Wittenberg getroffen. Der Unfall wurde zwar sofort bemerkt, doch konnte der Verunglückte nach einer Stunde nur noch als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. —

Vermischte Nachrichten.

* **Was soll mit den geisteskranken Verbrechern geschehen?** Diese durchaus nicht unwichtige Frage wird in der Psychiatrisch-neurologischen Wochenschrift aufgeworfen, und sie verdient auch in der breitesten Oeffentlichkeit erörtert zu werden. Die Staats- beziehungsweise Gefängnisverwaltung hat sich die Sache recht leicht gemacht. Sobald auf Grund eines Gutachtens der Strafvollzug an dem betreffenden für geisteskrank erklärten Verbrecher aufgehoben ist, hat die Justizbehörde oder die Anstaltsverwaltung nichts mehr mit ihm zu tun. Er geht an die Provinzial- oder Ortsverwaltung über, die für dessen Unterbringung in öffentlichen Irrenanstalten sorgen müssen. Hier aber, in den eigentlichen Irrenanstalten, bilden die verbrecherischen Irren geradezu eine Gefahr, die nicht gering angeschlagen werden darf. Sie gehören auch tatsächlich in die allgemeinen Irrenheil- oder Verpflegungsanstalten nicht hin. Sie hemmen ihre Fortentwicklung, und namentlich stellen diese verbrecherischen Irren der Durchführung der sogenannten „freien Behandlung" der Geisteskranken unüberwindliche Widerstände entgegen.

Es müssen nicht nur Isolierzellen, sondern ganze Isolierpavillons für derartige Kranke eingerichtet werden, ohne daß es gelingt, die bürgerliche Gesellschaft vor diesen gefährlichen Elementen zu schützen. Die genannte Fachschrift hat eine ganze Anzahl von Irrenheilanstalten zu gutachtlichen Aeußerungen in dieser Hinsicht aufgefordert. Alle Verwaltungsvorstände waren einstimmig der Ansicht, daß die bestehende Praxis die übelsten Einwirkungen auf das innere Getriebe in den Irrenhäusern ausübt. Es fällt namentlich sehr schwer, ein unter den obwaltenden Verhältnissen brauchbares Wartepersonal zu beschaffen, da die Verantwortlichkeit eine ungeheure ist. Ein Wärterdienst im verbrecherischen Irrenhause ist wahrlich nichts geringes; die Zumutungen, die unter solchen Umständen an das Wartepersonal gestellt werden, sind zuweilen wahrhaft übermenschlich. Die Wartung der verbrecherischen Irren in den allgemeinen Anstalten wird stets eine sehr kostspielige und trotzdem eine unzulängliche bleiben.

Deshalb neigen die Vorstände der Irrenheilanstalten dahin, daß es zweckmäßig wäre, in den Strafanstalten eigene Abteilungen für Irre einzurichten und auch die für unheilbar erklärten Fälle nicht in die allgemeinen Anstalten übergehen zu lassen, wie das jetzt vielfach geschieht. Württemberg beabsichtigt, in dem angedeuteten Sinne vorzugehen, und die andern Bundesregierungen sollten diesem Beispiele folgen. Denn wenn auch zweifellos der verbrecherische Irre als ein Kranker zu betrachten und zu behandeln ist, so befindet er sich doch in einer die ärztliche und psychologische Behandlung besonders erschwerenden Position. Dieses Moment kann in-

dessen viel sicherer und besser in einer Sonderanstalt für verbrecherische Irre berücksichtigt werden als in einer allgemeinen Irrenheilanstalt, die schließlich anders gearteten Zwecken zu dienen bestimmt ist. —

* **Wie Hüssener büßen muß.** Die Festungshaft, zu der Hüssener verurteilt ist, vollzieht sich nach den für die preußischen Festungen maßgebenden Bestimmungen in folgender Weise: Jeder Gefangene hat seine durchaus nicht unwohnlich eingerichtete Stube. Nach § 109 der Militärstrafvollstreckungs-Ordnung wird diese Stube nicht verschlossen und nur in längeren Zwischenräumen untersucht. Nach § 110 können sich die Gefangenen täglich bis zu 5 Stunden innerhalb des Festungswerkes in freier Luft bewegen und zwar ohne Aufsicht. Nach § 111 können sie während dieser 5 Stunden innerhalb wie außerhalb der Anstalt Besuche empfangen, auch Besuche in der Stadt machen, dies nur mit Genehmigung des Gouverneurs. Nach § 113 ist ihnen die Haltung eines Aufwärters gestattet. Nach § 114 soll die den Fähigkeiten und Verhältnissen entsprechende Beschäftigung zwar gefördert werden, doch ist jeder Zwang hiebei verboten. Endlich steht der § 119 die Urlaubsgesuche vor. Tatsächlich werden die täglichen Spaziergänge auch wohl auf die umliegenden Dörfer ausgedehnt, die Ehrenbreitsteiner trinken zum Beispiel, wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, ihren Schoppen am Roten Hahnen, in Horchheim oder in Urbach!

* **Die inneren Organe.** Wie bayrische Blätter aus Hof berichten, gab ein Gemeindediener, der nach Absolvierung eines Fleischbeschaukurses über die Beschaffenheit der Schlachttiere geprüft wurde, auf die Frage: „Welches sind die inneren Organe?" die klassische Antwort: „Ich und der Herr Bürgermeister!" —

Kleine Chronik.

Massenausbruch von 130 Mädchen!

Unter der Ueberschrift: „Früchte der Fürsorge-Erziehung!" schreibt der „Vorwärts" heute:

Wenn es nach dem ginge, was man vor Einführung des neuen Fürsorge-Erziehungs-Gesetzes in Aussicht gestellt hat, dann müßten die Erfolge der Fürsorge-Erziehung ganz außerordentliche sein. Einstweilen kann allerdings noch keine sichtbare Wirkung erwartet werden; dazu ist das Gesetz erst zu kurze Zeit in Geltung. Dafür kommt aber jetzt eine Nachricht, die recht deutlich zeigt, zu welchen Mißständen die massenhaften Ueberweisungen zur Fürsorge-Erziehung, die in dem ersten Eifer gleich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sind, schließlich führen mußten. Da es vorläufig noch an einer hinreichenden Zahl geeigneter Anstalten fehlt, so hat man bei der Auswahl der Anstalten, denen die Fürsorge-Zöglinge überwiesen werden sollen, leider nicht immer mit der wünschenswerten Strenge verfahren können.

In den Anstalten, die der Fürsorge-Erziehung dienstbar gemacht worden sind, gehört das Magdalenen-Stift zu Teltow. In dieser Anstalt hat am Montag ein Massenausbruch von Fürsorge-Zöglingen stattgefunden! 130 Mädchen, die dort untergebracht waren, sind entflohen, nachdem sie bereits seit längerer Zeit mit der Behandlung wie mit der Beköstigung unzufrieden gewesen waren. Die Unterhandlungen, die der Leiter der Anstalt mit den rebellisch werdenden Mädchen zu führen versucht hatte, waren erfolglos geblieben. Die Mädchen rotteten sich lärmend und johlend auf dem Hofe zusammen, bemächtigten sich des Tores, jagten die Pflegerinnen zurück und stürmten alle miteinander in die erlöste Freiheit hinaus.

Wir können nicht finden — meint dazu unser Zentralorgan —, daß dieser Ausgang ein besonders günstiges Licht auf die Anstalt wirft. Daß eine so große Zahl von Mädchen zu dem verzweifelten Mittel der Flucht greift, sollte denen zu denken geben, die das Teltower Magdalenen-Stift für geeignet zur Unterbringung von Fürsorge-Zöglingen gehalten haben. In der Anstalt waltet pastoraler Geist — seine Frucht ist der Massenausbruch. Gemeinheiten einzelner Mädchen kommen ja in solchen Anstalten immer vor, aber daß gleich 130 Mädchen ausreißen, das ist, soweit wir uns erinnern, noch nicht dagewesen. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde es nicht unterlassen, den Ursachen dieses Vorkommnisses nachzuforschen. An dem System wird sie allerdings kaum etwas ändern wollen.

Ueber die Ursachen der Revolte schreibt das „B. T." noch: Die unbegründete Härte der sechzigjährigen Oberin Emilie Petersen, Unzufriedenheit mit dem Seelsorger Pastor Hahn, der einem Mädchen den Urlaub, den es wegen Todes der Mutter nachsuchte, verweigerte, Waschen zur Nachtzeit, das längere Einbehalten der Mädchen in der Anstalt usw. Vor allem aber war es neben der zu harten Behandlung die gänzlich unzureichende, schlechte Kost; diese Magenfrage legte den Zünder an das Pulverfaß. Die Mädchen sollen für geleistete Arbeit nicht die geringste Vergütung im Magdalenen-Stift erhalten, sodaß, wenn sie die Anstalt verlassen, sie ohne alle Subsistenzmittel sind. Haben sie dann keine Angehörigen, die sie aufnehmen, so liegen sie einfach wieder auf der Straße und sind schlechter als die Zuchthäusler daran, denen ein Teil ihres Arbeitsverdienstes gutgeschrieben und nach verbüßter Strafe übergeben wird, damit sie leben können, bis sie eine Existenz gefunden haben.

Auch ein Revolver-Journalist.

Der Journalist Alfred Schaffer, ehemaliger Inhaber des Korrespondenzbureaus Schaffer und des Depeschenbureaus Kurier, beide in Leipzig, ist vom Schwurgericht wegen einfacher und schwerer Urkundenfälschung zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Schaffer wurde schuldig gesprochen, in fünf Fällen öffentliche Urkunden und in einem Falle eine Privaturkunde gefälscht zu haben, um sich gegen die Vorwürfe falscher oder unzuverlässiger Berichterstattung zu rechtfertigen. —

Wahrheitsfeindlicher Bürgermeister.

Vor dem Landgericht Hofi. B. hatte sich der Bürgermeister Bauer von Selbitz wegen falscher Beurkundungen zu verantworten. Da die Gemeindebevollmächtigten meist auf dem Felde beschäftigt waren, formulierte er im Protokoll die notwendigen Beschlüsse und sandte dies den Bevollmächtigten zur Unterschrift zu, wie dies auch sein Vorgänger im Amt getan hatte. Im Protokoll schrieb er jedoch: „In der heutigen Sitzung, in welcher 10 Mitglieder erschienen sind . . ." Da dies eine falsche Beurkundung ist, verurteilte ihn das Landgericht zum Strafminimum von einem Monat Gefängnis. —

Kleine Tageschronik. Im Wietzenbruche vor Celle wurde der Heuschuppen Nr. 6 aus Klein-Hehlen, der auf den Wiesen mit Grasmähen beschäftigt war, vom Blitz erschlagen, als er gerade auf der Mähmaschine saß. Ihm wurde das Rückgrat zerschlagen; er hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder. — In der Nähe wurde etwa um dieselbe Zeit der Knecht Kricheldorf aus Westerwelle ebenfalls vom Blitz getroffen und an der rechten Seite gelähmt. — Wegen bedeutender Unterschlagungen in der mechanischen Weberei von Wagner u. Comp. in Olbersdorf bei Zittau wurde die Detailverkäuferin Frau Weigelt verhaftet. Die Unterschlagungen belaufen sich vermutlich auf 25 000 Mark. — Das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion Kiel verurteilte den Matrosen Oßlisch wegen tätlichen Angriffs auf eine Infanteriepatrouille zu einem Jahr und einer Woche Gefängnis. — Der Kaufmann Salomon Meyer in Chaux-de-fonds bei Bern, Chef der Firma Meyer fils u. Cie., wurde wegen Wechselfälschungen im Betrage von 20 000 Frank verhaftet. Bei seiner Verhaftung hatte Meyer versucht, sich zu vergiften; er ist geständig. — Aufsehen erregt in Görlitz die Verhaftung der bei der Firma Otto Müller u. Comp. in Seidenberg angestellten Bauerbeschauer Hartig und Bernhardt wegen Unterschlagungen und Bücherfälschungen. — In Hennersdorf bei Gabel in Böhmen erstach ein tschechischer Knecht die 15jährige Tochter seines Dienstherrn und darauf sich selbst; das Motiv zu der Tat ist unbekannt. — Während der Truppenrevue in Longchamp (Paris) erschien Santos Dumont mit seinem Ballon über dem Paradefelde und machte gegenüber dem Pavillon des Präsidenten der Republik Halt. Sodann gab er durch Oeffnen des Motores eine Begrüßungsstafette ab und fuhr wieder davon. Das Publikum brachte stürmische Applause. — Der Oberpfänger Goritz vom Hamburger Stadtpachter mußte am Bahnübergange zu Damerow in Mecklenburg sein Automobil wegen eines herannahenden Zuges, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, in den Straßengraben lenken. Alle fünf Insassen des Automobils wurden verletzt. Goritz verlangt Schadenersatz, da der Bahnübergang, entgegen der Vorschrift, nicht abgesperrt war. — Der Passagierdampfer „Finland" der „Red Star Linie" in Antwerpen, ist laut Telegramm am 13. Juli wohlbehalten in New-York angekommen. —

Vereine und Versammlungen.

Barbier- und Friseurgehilfen.

In der öffentlichen Versammlung am Montag, die von 35 Personen besucht war, referierte Gen. Hermig über die Stellungnahme zur Wahl des Gesellen-Ausschusses der Innung. Zurückgreifend bis zur Zeit der alten Zünfte, schilderte Redner das fortmit der Einführung des Handwerkergesetzes im Jahre 1897, durch dem Handwerk den sog. „goldenen Boden" wieder zu gewinnen. Mit der Einführung des Handwerksgesetzes im Jahre 1897, durch welches die Möglichkeit der Zwangsorganisierung gegeben, glaubten die Mittelstandsretter den durch die Einführung der Gewerbefreiheit hinweggefegten Innungsrummel wieder aufleben zu lassen. Aufgabe der Gehilfen müßte es sein, darüber zu wachen, daß die in dem Handwerkergesetz den Gehilfen eingeräumten Rechte ihnen auch gewährt würden, was am besten durch richtige Besetzung der Gehilfen-Ausschüsse in den Innungen erreicht würde. Redner macht dann die Versammelten mit den wichtigsten Paragraphen dieses Gesetzes bekannt und belehrt sie über ihr Vorgehen bei den Ausschußwahlen.

In der Diskussion wird namentlich der Beschluß der letzten Innungsversammlung einer scharfen Kritik unterzogen, welcher die beabsichtigte Eingabe an den Regierungspräsidenten betrifft, den Gehilfen anstatt des jetzigen freien Wochen-Nachmittags an den Sonntagen die Stunden von 9—11 Uhr vormittags freizugeben. Nachdem sich 10 Mitglieder zur Aufnahme in den Verband gemeldet und von Vorstandsseite einschlägige Fragen der Organisation erörtert und betont wurde, mehr als bisher die Kundschaft zu ersuchen, sich von den bedienenden Gehilfen die Kartell-Marken zeigen zu lassen, wurde die Versammlung mit der Bekanntgabe geschlossen, daß am Montag den 20. d. M. die nächste Verbands-Versammlung im selbigen Lokal (Thiering, Tischlerkrugstraße), stattfindet. —

Vereins-Kalender.

Burg. Radfahrerverein „Falke". Jeden Donnerstag Saalfahren im „Grand-Salon". — 483

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Mittwoch den 15. d. M., abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38. 597

Marktberichte.

Magdeburg, 14. Juli. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-, unveränd., gut 156—158, mittel 153—155, gering bis 142, do. Kolben-Sommer- gut 166—170, do. Rauh- gut 150—153, mittel 146—149, gering bis 140, do. ausländischer gut 170—174. — Roggen inländ., unveränd., gut 138 bis 139, mittel 131—133, gering bis 128, do. ausländischer gut 138—139. — Gerste hiesige Chevaliers, geschäftslos, gut ———, mittel — bis —, gering ———, Landgerste, gut ———, mittel ———, gering ———, ausländische Futtergerste, gut 110—120. — Hafer, inländischer, ruhig, gut 142—145, mittel 137—139, gering bis 125. — Mais, runder, unveränd., gut 123—124, mittel —, gering —, amerikan. bunter gut 127. Erbsen, hiesige Viktoria-, geschäftslos, gut —, mittel —, do. grüne Folger gut —, mittel —. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 14. Juli. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 136 Rinder, 265 Kälber, 119 Schafvieh rc., 793 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 36—38 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 34—35 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 31—33 Mk., d) gering genährte jeden Alters 28—30 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren ———. b) vollfleischige jüngere 33—35, c) mäßig genährte jüngere und ältere 29—32 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 26—28 Mk. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes ——— Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 32—33 Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 29—31 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 20—24 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen 20—24 Mk. Kälber: a) feinste Mast- 44—47 Mk., b) mittlere 38—43 Mk., c) geringe Saugkälber 30—36 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) ——— Mk. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 34—36 Mk., b) ältere Masthammel 31—32 Mk., c) mäßig genährte 28—30 Mark. Schweine: a) vollfleischige 52 Mk., b) fleischige 50—51 Mk., c) gering entwickelte 47—49 Mark, d) Sauen und Eber 38 bis 45 Mark bei 40—50 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verlauf und Tendenz: mittelm. Ueberstand: 5 Rinder, 14 Schafe, 20 Schweine.

Wasserstände.

Elbe.

					Fall	Wuchs
Pardubitz	12. Juli	+ 1.27	13. Juli	+ 1.04	0.23	—
Brandeis	„	+ 0.44	„	+ 0.90	—	0.46
Melnik	„	— 0.39	„	+ 0.57	—	0.96
Leitmeritz	„	— 0.52	„	+ 0.06	—	0.58
Außig	13. „	— 0.10	14. „	+ 0.68	—	0.78
Dresden	„	— 1.63	„	— 1.04	—	0.64
Torgau	„	+ 0.04	„	— 0.06	0.02	—
Wittenberg	„	+ 0.60	„	+ 0.70	—	0.10
Roßlau	„	+ 0.09	„	+ 0.14	—	0.05
Barby	„	+ 0.20	„	+ 0.30	—	0.10
Schönebeck	„	— 0.08	„	— 0.04	—	0.12
Magdeburg	14. „	+ 0.50	15. „	+ 0.60	—	0.06
Tangermünde	13. „	+ 0.74	14. „	+ 0.76	—	0.02
Wittenberge	„	+ 0.65	„	+ 0.64	0.01	—
Dömitz, Pegel	„	— 0.03	„	— 0.03	—	—
Lauenburg	„	+ 0.04	„	+ 0.03	0.01	—

Stets neuestes

Pfaffenspiegel

Preis gebunden 4 Mark.
oder in 10 Heften à 30 Pfennig zu beziehen.

Konfisziert gewesen.

Laut Urteil des Landgerichts Rudolstadt ein für allemal freigegeben.

Bisher sind von diesem hochinteressanten Werke

über 500 000 Exemplare abgesetzt.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstraße 49.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Münzstraße 1a.

Sprechstunden Montags von 12—1, abends von 5—7 Uhr.

Organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbegerichte, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeitsschutz. Vermittlung von Rechtsanwälten an den Gewerbe-Inspektor. — Rechtsschutzbuch kostenlos

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie kaufmännischem Personal nach hier und auswärts.
Fernsprechanschluß: Amt Nr. 2150—2155.

Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Standesamt.

Magdeburg, 14. Juli.

Aufgebot: Gutsbesitzer Arnold Krause in Groß-Klinger mit Luise Lehne hier.

Eheschließungen: Ingenieur Karl Dunke mit Angelika Eberhardt. Arbeiter Franz Klimczewski mit Wilhelmine Kunzings, geb. Dünschel. Postillon Wilhelm Zech mit Martha Schreiber.

Geburten: Margarete, T. des Handlungs-Reisenden Karl Kunstmann. Christa, T. des Kellners Wilhelm Sidow. Willi und Rudolf, Zwillings-S. des Arbeiters Rudolf Langnutt. Anna, T. des Arbeiters Johann Wiening. Karl, S. des Steuerinspektor-Assistenten Karl Schönfeld. Emy, T. des Fleischers Hermann Gerz. Karl, S. des Arbeiters Karl Sachsenröder. Erich, S. des Schlossers August Sachse. Gertrud, T. des Fleischermeisters Ernst Hoffmeister. Gerda, T. des Kaufmanns Anton Hilmer. Margarete, T. des Hilfsweichenstellers Heinrich Blumenstein. Max, S. des Schloss. Max Schulze. Elisabeth, T. des Postbeamten Max Garke. Gertrud, T. des Arbeiters Hermann Haberland. Fritz, S. des Milchhändlers Wilhelm Weiß.

Todesfälle: Arbeiter Rich. Wahl, 43 J. 9 M. 2 T. Elise, geb. Bergerding, Ehefrau des Schlossers Karl Bayese, 35 J. 2 M. 13 T. Sattlermeister Gottlieb Mählenbrock, 51 J. 5 M. 11 T. Max, unehelich, 1 J. 23 T. Hans, unehelich, 1 M. 21 T. Eberhard, unehelich, 2 M. 23 T. Willi, S. des Schaustellers Heinrich Eder, 1 M. 1 T. Karl, S. des Malermstrs. Wilhelm Werner, 1 J. 2 M. 12 T. Kurt, S. des Hausdieners Karl Knopf, 1 J. 4 T. Elisabeth, T. des Postschaffners Andreas Dietholz, 1 J. 11 M. 5 T. Buchhalterin Ferdinand Welz, 16 J. 2 M. 12 T. Ernst, S. des Arbeiters Andreas Grott, 2 M.

Totgeburt: S. unehelich.

Sudenburg, 14. Juli.

Aufgebot: Maler Andreas Friedrich Herm. Bosse mit Hedwig Eggers hier.

Eheschließungen: Modelltischler Wilhelm Hemstedt mit Martha Anlich. Arb. Karl Neustedt mit mit Sophie Lahn.

Geburten: Ilse, T. des Schriftsetzers Hermann Hildebrandt. Richard, S. des Schlossers Richard Schmidt.

Todesfälle: Dorothee geb. Tiedge, Ehefrau des Schuhmachermeisters Friedrich Wasserthal, 38 J. 8 M. 10 T.

Buckau, 14. Juli.

Geburten: Friedrich, S. des Schlossers Emil Sewelow. Erna, T. des Hilfsbrenn. Aug. Naumann.

Totgeburt: T. des Stahlschmelzers August Zacharias.

Neustadt, 14. Juli.

Geburten: Elly Frida, unehel. Ernst Emil, unehel. Alfred, S. des Schuhm. Willy Meyer. Max, S. des Schlossers Karl Gericke. Frida, T. des Arb. Friedr. Brieß. Otto, S. des Fabrikarb. Otto Bachmann. Gertrud, T. des Stellm. Wilhelm Großmann. Anna Klara, unehel. Martha, T. des Arb. Karl Reusche.

Todesfälle: Lisbeth, T. des Arb. Karl Rosenhagen, 1 M. 20 T. Ww. Kühne, Marie geb. Stengel, 70 J. 4 M. 7 T.

Aschersleben.

Aufgebote: Bergmann Aug. Sternheim mit Martha Krug. Arb. Karl Rost mit Frida Krause.

Geburten: S. des Bahnarb. Herm. Ecke. S. des Zimmerm. Rob. Zimmermann. S., unehelich. T. des Handelsmanns Friedrich Weidig. T. des Formers Herm. Schmerbach. T. des Schneidermstrs. Otto Wohlfahrt. T., unehelich.

Todesfälle: Gertrud, unehelich, 5 M. 23 T. Gertrud, T. des Schlossers Karl Lange, 8 M. 2 T. Elfriede, T. des Aufsehers Ernst Gattermann, 3 J. 3 M. 29 T. Frida, S. des Arbeiters Friedrich Leuffeld, 1 J. 5 M. 21 T. August Willy, S. des Arb. August Lieder, 11 J. 5 M. 8 T. Otto, S. des Bergarbeiters Friedrich Bornkamm, 8 J. 9 M. 6 T.

Schönebeck.

Aufgebote: Steinträger Gotthelf Eckert mit Dorothee Knabe. Schleifer und Stellmacher Alfred Herzog mit Anna Hildebrandt.

Geburten: Erich, S. des Viehhändlers Albert Kurthmann. Else, T. des Fabrikarbeit. Ernst Jänichen in Gr.-Salze. Otto, S. des Fabrikarbeiters Friedrich Blume. Otto, S. des Schiffsbauers August Schöne.

Todesfall: Schuhmacher Karl Hoppe, 45 J. 3 M. 16 T.

England.

Der deutsch-englische Schriftwechsel zur Kanadafrage.

Die von Lord Cramborne im englischen Unterhause gestern angekündigte Veröffentlichung des zwischen Deutschland und England geführten Schriftwechsels über die kanadischen Zolltariffragen ist heute erfolgt. Die englischen Erklärungen lassen eine rein objektive Beurteilung der deutscherseits aufgestellten Bedingungen und ein entgegenkommendes Verhalten der englischen Regierung nicht verkennen. Chamberlains Uebereifer scheint schon jetzt nachzulassen.

Amerika.

Roosevelt und die Juden-Petition.

Neueren Meldungen zufolge hat Präsident Roosevelt jetzt doch Bedenken gegen die Uebermittelung der jüdischen Petition an den Zaren. Offenbar hat er sich mit der Scheinuntersuchung begnügt. Offenbar sollte die ganze Aktion nur ein Schreckschuß wegen der Mandschurei-Angelegenheit sei. —

Kleine politische Nachrichten. Der russische Konsul in Bitlis, Maschkow, ist zum Generalkonsul in Bagdad ernannt worden. Maschkow war während der Wirren in Makedonien mehrfach hervorgetreten. — Der spanische General Lachambre, der sich in den Feldzügen auf Kuba und auf den Philippinen hervorgetan hat, ist gestorben. — In Agram wurden in der Nacht zum Dienstag zwei Dynamitattentate verübt; Personen wurden nicht verletzt. — Der russische Kriegsminister Kuropatkin hat mit seiner Begleitung Port Arthur verlassen und die Heimreise angetreten. — In Bulgarien ist infolge der von der Türkei abgegebenen friedlichen Erklärungen eine merkliche Beruhigung eingetreten. — Das englische Oberhaus hat den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der bestehenden Automobil-Bestimmungen, in zweiter Lesung angenommen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Juli 1903.

Ein betrübendes Bild aus Magdeburgs Entwicklung

bietet die auffallende Tatsache, daß die Zahl der Geburten in Magdeburg in erschreckender Weise im Abnehmen begriffen ist. Nicht eine einzige andre Großstadt weist auch nur annähernd ähnliche Symptome auf! Beim Beginn des vorigen Jahrzehnts, im Jahre 1891, betrug die Zahl der Lebendgeborenen noch 8244. Im letzten Jahre 1902 stellte sich die Zahl nur auf 6666, d. i. um 1578 niedriger als 1891 obwohl die Bevölkerung seit damals um rund 24 000 zugenommen, und obwohl die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1902 mit 1817 nur um ein weniges — um 30 — geringer war, als im Jahre 1891! Bis auf die Wilhelmstadt, die bei ihrer schnellen baulichen Entwicklung ganz besondere Verhältnisse zeigt, tritt auch in den einzelnen Stadtteilen die Abnahme der Geburten scharf hervor. Setzt man die Zahl der Lebendgeborenen eines jeden Stadtteils im Jahre 1891 gleich 100, so stellte sie sich im Jahre 1902 in Altstadt auf 76, in Friedrichstadt einschl. Stadtmarsch und Werder auf 73, in Sudenburg auf 66, in Neustadt auf 83, in Buckau auf 67. In Wilhelmstadt aber nahm sie auf 172 zu. Die Gesamtentwicklung in den einzelnen Jahren ist durch nachstehende Angaben gekennzeichnet:

Zahl der Lebendgeborenen Magdeburgs:

1891	**8,244**
1892	8,031
1893	7,902
1894	7,704
1895	7,437
1896	7,627
1897	7,490
1898	7,792
1899	7,282
1900	7,227
1901	6,989
1902	**6,666**

Die auf Tausend der mittleren Bevölkerung berechnete Zahl der Lebendgeborenen weist den Rückgang von 40.42 in 1891 auf 29.20 in 1902, demnach um mehr als ein Viertel der ersteren Ziffer auf.

Wohl gibt uns die durch die Krise hervorgerufene Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse zur Ergründung dieser auffallenden Tatsache einen Fingerzeig. Allein die wahren Ursachen sind darin nicht zu entdecken. Magdeburg bietet nach wie vor ein Bild der Stagnation — für eine Großstadt ein böses Zeichen. Für den Sozialpolitiker gibt das sehr zu denken. —

— **Folgender Herzenserguß eines Mittelständlers** geht uns heute zu:

Sehr geehrte Herren! Ich habe in Magdeburg einen kleinen Laden, der mich bisher schlecht und recht ernährte. Wie fast alle meine Kollegen bin auch ich in erster Linie auf das Arbeiterpublikum angewiesen. Selbstverständlich hält man sich seine Kundschaft warm und stößt sie nicht vor den Kopf. So auch ich. Ich lebte immer mit meiner Kundschaft im besten Einvernehmen, lese seit Jahren die „Volksstimme" und stehe den Bestrebungen der Sozialdemokratie sehr nahe.

Umso mehr muß es mich wundern, daß seit der Reichstagswahl mein Geschäft mehr und mehr zurückgeht. Viele, viele Arbeiterfrauen, die sonst stets bei mir kauften, bleiben fort und — wie ich selbst gesehen habe — kaufen im Konsumverein oder in großen Geschäften usw. Ich fragte eine dieser Frauen, weshalb sie nicht mehr zu mir käme. Aber da drehte sie sich kurz um und sagte: „Wenn Sie alle den **Möller** und 'n **Arendt** wählen können, können Sie sich auch von die ernähren lassen!"

Nun ist es mir aber gar nicht im Traum eingefallen, einen von diesen beiden zu wählen. Können Sie deshalb, Herr Redakteur, nicht in Ihrer Zeitung bekannt machen, daß man mich unschuldig in Verdacht hat? Ich kann es ja niemand verdenken, wenn er bei seinen Feinden nichts mehr kaufen will. Aber ich gehöre doch nicht dazu.

Mit Hochachtung
R. St.

Herr St. wendet sich an die falsche Schmiede. Wir können ihm beim besten Willen nicht helfen. Wenn die Arbeiter bei diesem oder jenem nicht mehr kaufen wollen, ist es lediglich ihre Sache. —

— **Ein Verband der Rabatt-Sparvereine** ist am Sonntag hier gegründet worden. Schulz und andre sind die Entrepreneure der Sache. Erwähnt wurde als Mittel, die Konsumvereine und Warenhäuser zu „vernichten", die Gründung von Einkaufsvereinigungen, gemeinsamer Markendruck und Bezug, die Eintragung der Verbandsangehörigen in das Vereinsregister, die Kontrolle des Markenwesens, das Verhältnis zu Bankinstituten und Sparkassen, die Förderung der Vereine durch Behörden, die Erfahrungen im Vereinsbetriebe, die Rabattsätze, die zu bekämpfenden Mißstände im geschäftlichen und gewerblichen Leben und die Abwehr erheischenden Konkurrenzmanöver. — Jetzt kann der Krieg losgehen! Aber die Schulzianer machen nur halbe Sache. Im Bericht heißt es nämlich: „Herr Gottlebe-Pirna referierte über Offiziers-Konsumvereine und Warenhäuser für deutsche Beamte; dann wurde von anderer Seite der Standpunkt vertreten, daß man Maßnahmen gegen diese und ähnliche Einrichtungen dem Zentralverbande deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender überlassen solle.

Hm! Das nennt man nach dem Grundsatz handeln: Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit. Gegen Arbeiter-Konsumvereine — ja! Gegen Offizierskonsumvereine — um Gottes willen nicht! —

— **Ein rätselhafter Vorfall.** Am Dienstag abend vergnügten sich mehrere Herren im „Hohepfortepark" auf der Kegelbahn. Plötzlich fühlte sich der eine durch einen Teschinschuß getroffen, gleich darauf erhielt auch ein zweiter Herr einen Schuß. Der erste Schuß ging dem Getroffenen durch den Kragen in den Hals, wo die Kugel im Fleisch stecken blieb; der zweite Schuß traf den Herrn am oberen Backenknochen, wo die Kugel abseits abfiel. Trotz eifrigsten Suchens konnte in der Gegend keiner der unvorsichtigen (um kein schärferes Wort zu gebrauchen) Schützen gefunden werden. Wir haben bereits früher auf die Gefährlichkeit der ganzen dortigen Gegend hingewiesen, wo sich stets lichtscheues Gesindel umhertreibt. Wie es scheint, ist die Bewachung der betreffenden Gegend, wo bis zum späten Abend auch viele Kinder spielen, noch heute sehr ungenügend. —

— **Ein eigenartiges Schauspiel** bot sich gestern abend nach 9 Uhr den Passanten der Elbbrücken. Kaum war der Wasserstand der Elbe einige Zentimeter gestiegen, so qualmte plötzlich aus fast allen Schornsteinen der hier seit Wochen lagernden Dampfer ein mächtiger Rauch empor, die ganze Elbstrecke verdüsternd. Kurze Zeit darauf kamen auch bereits vom Neustädter Hafen aus zwei Kettendampfer mit lautem Getöse herangerasselt, als ob sie ungeduldig über das lange Stilliegen geworden seien. Ein großer Teil der hier vor Anker gelegenen andern Dampfer sind seit heute ebenfalls verschwunden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. Juli 1903.

Böse Menschen. Die Knechte Gust av Flebbe, geboren 1885, und Walter Grunewald, geboren 1884 zu Bottmersdorf, trafen am 21. Mai d. J. auf der Chaussee mit dem Tischlergesellen Albrecht zusammen, der mit seiner Braut spazieren ging, schuppten ihn und fingen Schlägerei an. Als Albrecht sich zur Wehr setzte, schlug Flebbe ihn mit einer Mundharmonika auf den Kopf und Grunewald trat ihn gegen den Oberschenkel. Die Kammer erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung gegen Flebbe auf 2 Monate, gegen Grunewald auf 1 Monat Gefängnis. —

Ein Messerheld. Der Arbeiter Johann Krassa zu Grube Bismark bei Sommersdorf, geboren 1873, kam am 8. Mai d. J. abends angetrunken in die Mädchenkaserne und entfernte sich trotz der Aufforderung des Aufsehers nicht, der ihn schließlich hinauswarf. Am 17. Mai erschien Krassa wieder, skandalierte und ging nicht. Als ihn der Aufseher anpackte, versetzte ihm Krassa mehrere Messerstiche und verletzte ihn schwer. Den Angeklagten trafen wegen gefährlicher Körperverletzung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, wegen Erregung ruhestörenden Lärms 2 Wochen Haft; er wurde sofort verhaftet. —

Nötigung. Der Tiefbauunternehmer Wilhelm Gerecke zu Marienborn, geboren 1850, hatte für die Güter Erxleben 1 und 2 den Chausseebau zu Ostingersleben ausgeführt, die Arbeiten aber für einen zu geringen Preis übernommen und deshalb erheblichen Verlust gehabt. Am 17. April d. J. forderte er dann freilich unter Drohungen von dem Oberleutnant von Alvensleben noch die ihm angeblich versprochene Nachzahlung von 50 Pfg. pro Meter. Gerecke wurde wegen versuchter Nötigung mit 50 Mark Geldstrafe belegt. —

Die Verhandlung gegen die vorbestraften Arbeiter Friedrich Brieß zu Colbitz, geboren 1874, und Eduard Brieß zu Neuhaldensleben, geboren 1868, wegen gefährlicher Körperverletzung wurde zwecks Ladung von Zeugen vertagt. —

Diebstahl. Der Arbeiter Matthias Kaczmarek aus Gradowice, geboren 1872, stahl am 17. Dezember 1902 zu Hörensleben einer Arbeiterin aus der Kleidertasche 10 Mark. Da wiederholter Rückfall vorlag, lautete das Urteil auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. —

Körperverletzung. Der Kutscher Paul Brzezinski zu Groß-Ottersleben, geboren 1886, sollte am 9. April d. J. beim Schmiedemeister Heidecke ein Pferd beschlagen lassen und verlangte sofortige Abfertigung. Darüber entstand ein Wortwechsel und als Brzezinski ungeziemend antwortete, erhielt er vom Meister eine Ohrfeige. Das ärgerte ihn derart, daß er einen Holzschlägel ergriff und den Meister damit auf den Kopf schlug. Der schwer Verletzte sank am Ambos zusammen und wurde dann von dem Angeklagten noch weiter geschlagen. Die Kammer strafte ihn mit 2 Monaten Gefängnis. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. Juli 1903.

Beleidigung. Der vorbestrafte Mechaniker Hermann Kretschmar aus Quedlinburg, 23 Jahre alt, ist vom dortigen Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung einer älteren Dame zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufsinstanz verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung. —

Urkundenfälschung. Der Arbeiter Gustav Schuchow aus Schwanebeck, 29 Jahre alt, fälschte am 2. Mai d. J. seinen Militärpaß, um sich wegen versäumter Anmeldung nicht verantworten zu brauchen. Wegen Urkundenfälschung wird er zu einer Woche Gefängnis verurteilt. —

Freigesprochen. Vom Schöffengericht zu Aschersleben wurde am 20. April 1903 der dortige Tischlermeister August Schreck, 44 Jahre alt, wegen Körperverletzung zu 10 Mark Geldstrafe eventl. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Beweisaufnahme stellte fest, daß der Angeklagte am 10. Februar d. J. aus Notwehr gehandelt hat. Es erfolgte seine Freisprechung. —

Ein Vielseitiger. Der vorbestrafte Bäckergeselle Friedrich Müller aus Hörter, 22 Jahre alt, hat sich wegen Beleidigung, Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte hat sich diese Straftaten am 26. Mai 1903 in Thale schuldig gemacht. Mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen lautet das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis. —

Nahrungsmittelverfälschung. Der Fleischermeister Reinhold Krükemeyer aus Quedlinburg, 48 Jahre alt, hat am 2. Januar 1903 dem gehackten Rindfleisch das verbotene Preservesalz zugesetzt. Wegen dieses Vergehens wider das Nahrungsmittelverfälschungsgesetz wird er zu 50 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Beleidigung. Der Schuhmachergeselle Friedrich Thomas aus Schwanebeck, 40 Jahre alt, wurde wegen Beleidigung vom Schöffengericht am 11. Mai 1903 zu 10 Mark Geldstrafe eventl. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Berufung wird verworfen. —

H. M. **Von der Haftpflicht der Straßenbahnen.** Im letzten Bande der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen wird folgender Fall mitgeteilt. Ein sechsjähriges Kind war von einem Wagen der Großen Berliner Straßenbahn überfahren worden, und es hatte ein Teil seines linken Beins amputiert werden müssen. Da die Gesellschaft sich weigerte, anzuerkennen, daß sie verpflichtet sei, Entschädigung zu leisten, kam es zur Klage, und es wurde, da sich die Höhe des Schadens damals noch nicht übersehen ließ, durch Urteil zunächst lediglich festgestellt, daß die angeklagte Gesellschaft verpflichtet sei, dem Beschädigten vom Beginn seines erwerbsfähigen Alters ab den Vermögensnachteil zu ersetzen, den er durch die infolge des Unfalls eintretende Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit erleide, während die Höhe der hiernach zu leistenden Entschädigung einer späteren Feststellung vorbehalten wurde.

Nach dem Austritt aus der Schule hatte der damalige Kläger sich für den Beruf eines Stahlgraveurs entschieden. Er forderte nun, nachdem er Geselle geworden, von der entschädigungspflichtigen Gesellschaft die Zahlung einer Rente, weil er nicht lange stehend arbeiten könne, deshalb weniger verdiene, als ein gesunder Graveur, und wurde, da die Gesellschaft sich weigerte, diese Rente zu zahlen, von neuem klagbar. Die beklagte Gesellschaft erhob den Einwand, der Kläger würde in andern Branchen des Graveurgewerbes, insbesondere als Nachstecher in der chemigraphischen Industrie oder als Stempelschneider in Schriftgießereien, ebensoviel verdienen, wie ein gesunder Geselle, und nicht weniger, als nach seiner Angabe ein gesunder Stahlgraveur verdiene, weil in diesen Zweigen fast ausschließlich im Sitzen gearbeitet, und weniger Kraft erfordert werde, als bei dem vom Kläger gewählten Berufe. Dieser Einwand ist in sämtlichen Instanzen verworfen, und ist also die beklagte Gesellschaft zur Zahlung der Rente nach dem Antrage des Klägers verurteilt. Zur Begründung des Urteils führt das Reichsgericht aus: Wenn der haftpflichtige Unternehmer ein Interesse daran habe, daß der Verletzte eine Tätigkeit ergreife, bei der sein Erwerb möglichst wenig durch die Folgen des Unfalls geschmälert wird, so stehe den das Recht des Verletzten auf Berufswahl als Ausfluß der freien Selbstbestimmung in wirtschaftlicher Beziehung gegenüber, und es sei daher der Einwand, daß der Kläger in andern, seinem Berufe verwandten, Zweigen einen noch geringern Ausfall in seinem Erwerbe haben würde, zu verwerfen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

London, 15. Juli. Die „Times" meldet aus New-York, daß die Bildung einer Liga zwecks Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen der Union und Kanada vorbereitet werde. —

Lissabon, 15. Juli. Bei dem fünften Infanterie-Regiment wurde eine umstürzlerische Bewegung [illegible] Unteroffiziere wurden vor ein Kriegsgericht geste[illegible] andern Regimentern entdeckte man eine ähnliche Bewegung. —

Madrid, 15. Juli. Der von der Regierung mit der Untersuchung der Eisenbahnkatastrophe betraute Ingenieur hat die Regierung ersucht, über die Eisenbahngesellschaft die höchst zulässige Strafe zu verhängen. —

Triest, 15. Juli. Der Ausbruch der Pest in Kiew hat die Regierung zu besondern Schutzmaßregeln für sämtliche österreich-ungarische Häfen veranlaßt. —

Paris, 15. Juli. In Rueil explodierte gestern anläßlich der Nationalfeier ein Böller; ein 12jähriges Kind wurde getötet, 20 Personen verletzt. — Ein weiterer Unfall ereignete sich in Marigny bei einer Festvorstellung. Ein Seil, an welchem eine Anzahl Darstellerinnen in der Luft hingen, riß, die Frauen stürzten herab und wurden sämtlich verletzt, darunter 13 schwer. —

Paris, 15. Juli. (Eig. Drahtb.) Gestern begab sich der Friedensrichter in Begleitung eines Polizeikommissars und der Gerichtsbehörde nach dem Kapuzinerkloster in Chaberie, um eine Inventuraufnahme vorzunehmen. Das Kloster war von den Mönchen verlassen, welche alles, außer einer Bibliothek von etwa 21 Bänden, sowie einige wertlose Möbelstücke, mitgenommen hatten. Die Inventuraufnahme ging nunmehr ohne Zwischenfall vor sich, da die Bevölkerung keine Kenntnis davon erhalten hatte. —

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3 Mk., das einzelne Heft 60 Pfg.) Erschienen ist das zweite Juliheft, das besonders herrliche Bilder enthält. —

Weltall und Menschheit. 35. Lieferung (Preis 60 Pfg. —

Briefkasten.

G. Kelterb. Wird gelegentlich verwendet, das früher eingesandte war unbrauchbar. —

B. J., Burg. Bis zu Ihrer Einstellung beim Militär dürfen Sie tun und lassen was Sie wollen. Nachher hört der Spaß auf. —

Ein Abonnent. 6 Prozent. —

O. B., Burg. Antwort stand bereits in Nr. 165. Berichte über Lokalfrage müssen durch die Hände des Vertrauensmannes gehen, sonst wird Aufnahme verweigert. —

Max in Altenplathow. Wenn ein Dienstbote im Dienst erkrankt, hat er Anspruch auf Erstattung der Kosten für Kur und Verpflegung auf sechs Wochen. Falls er sich in gekündigter Stellung befindet, erlischt der Anspruch mit dem Ende des Termins, zu welchem gekündigt ist, selbst wenn noch nicht sechs Wochen vorüber sind. Die Herrschaft hat den Lohn für die fraglichen sechs Wochen bezw. bis zu dem Termin, zu welchem gekündigt ist, zu zahlen, kann diesen aber um die für Kur und Verpflegung gezahlte Summe kürzen. —

R. 23, Schönebeck. Es bedarf nur der polizeilichen Anmeldung. —

Gewerbegerichts-Beisitzer. Versammlung Freitag den 17. Juli, abends 8½ Uhr, bei Gustav Böhme, Klosterstraße 15—16.

Wahlkreis Calbe-Aschersleben

Sonnabend den 18. Juli, abends 8 Uhr

Volksversammlung in Aken

im „Berliner Hof".

Tages-Ordnung: **Was lehrt uns die verflossene Reichstagswahl und was haben wir zu tun, den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu erhalten?** 166

Referent: Reichstagsabgeordneter **Albert Schmidt.**

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Magdeburg.

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend den 18. Juli 1903, abends 8 Uhr im Lokale der Fw. Müller, Tischlerkrugstrasse 22.

Tages-Ordnung: 164

1. Vortrag des Kollegen **Karl Görlitz.** 2. Verbandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

General-Versammlung

des

Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands

am Sonnabend den 18. Juli 1903, abends 8 Uhr bei August Bartels, Fabrikenstr. 5-6.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir ersuchen alle Kollegen, wegen der wichtigen Tagesordnung pünktlich zu erscheinen. Die Mitglieder aller Bezirke haben zu erscheinen.

165 Die Verwaltung.

Gewerkschaftskartell Halberstadt.

Donnerstag den 16. Juli 1903, abends 8½ Uhr

Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Oschersleben!

Schausteller

gleich welcher Art, können im Garten des „Feldschlößchen", Gewerkschaftshaus in Oschersleben, zum Volksfest umgehend unentgeltlich Aufstellung nehmen, vornehmlich für Freitag, Sonnabend und namentlich Sonntag; sie können auch länger dort verweilen, da ein gutes Geschäft verbürgt, umsomehr, da mehrere Verbandsvergnügen dort gleich hinterher stattfinden. 1?

Reichstags-Wahlkarte

— Preis 50 Pfg. —

Zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme

Jakobstraße 49.

Die im Verlag von Freytag & Berndt (Leipzig) erschienene Reichstags-Wahlkarte zum Preise von 60 Pf. ist erst am Freitag wieder zu haben.

D. Ed.

Wenig gebrauchte

Herren- und Damen-Fahrräder

in den Preislage von Mk. 40 bis Mk. 80 sind stets auf Lager.

Neue Fahrräder

in billigster Preislage.

A. Rose

3579 Breiteweg 264.

Gewissenhafte Ausführung von **Fahrrad-Reparaturen** aller Art zu billigsten Preisen.

Kaufen Sie Ihre Wolle bei

J. Brilles

Neustadt, Hüterstraße 20

½ Pfund meliert und schwarz	85
½ „ „ „ „	95
¾ „ „ „ „	125
¾ „ „ „ „	145

Ich strike seit 12 Jahren diese Wolle und bin stets zufrieden gewesen.

Zeitungsträger eine noch gut erhaltene kleine Wäschmangel billig zu verkaufen im ganzen oder einzelnen Breiteweg 2a, vorm. 2 Tr.

Wenig gebrauchte (3579

Nähmaschinen

zum Preise von 35 bis 60 Mk. sind stets vorrätig.

Neue Nähmaschinen

aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264.

Gewissenhafte Ausführung von **Nähmaschinen-Reparaturen** aller Art zu billigsten Preisen.

Burg. Achtung! Burg.

Kommt zum Turnen!

Stärkt und kräftigt die Muskeln, um so der heutigen körper- und geisttötenden Arbeitsweise gegenüber widerstandsfähiger zu werden. Turnen macht Freude, es erhöht Lebenslust und Lebenskraft und hilft uns durch Stärkung der Muskeln und Nerven leichter über manches Leid hinweg. **Kommt zum Turnen!** Um bei frischem, frohem Spiel Stunden ungetrübter Freude zu verbringen und alle wird bald ein neues Leben durchglühen. Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist! Darum: Kommt zum Turnen! Tretet ein in die 1?

Freie Turnerschaft, Burg

Die Turnstunden finden statt:

1. Abteilung: Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr im „Hohenzollernpark".
2. Abteilung: „Turnverein Friesen". Jeden Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr im „Grand-Salon".

Damen-Abteilung: Jeden Mittwoch von 8—10 Uhr im „Hohenzollernpark".

Aufnahmen finden an jedem Turnabend statt.

Der Vorstand.

Gesangverein Gleichheit, Kl.-Ottersleben

Sonnabend den 18. Juli 1903

Feier des 10. Stiftungsfestes

im Lokale des Herrn E. Schütze, unter gütiger Mitwirkung des Männer-Gesangvereins Groß-Ottersleben und des Männer-Turnvereins Klein-Ottersleben. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

157 Der Vorstand.

Bebel • Liebknecht

Zwei vorzügliche Porträts

.. in Eichenholzrahmen ..

Schönster Schmuck jedes Arbeiterheims.

Preis für beide Bilder 9 Mk.

Die Bilder stehen zu jedermanns Ansicht aus in der

Buchhandlung Volksstimme

Jakobstraße 49.

Daselbst werden auch Bestellungen angenommen.

Zur Probe!

Beste Rasiermesser der Welt!

empf. geg. Nachn. od. vorh. Kassa: **Fritz Hammerslahr, Foche,** Solingen. Stahlwarenfabrik u. Versand. **Diamantstahl-Rasiermesser M. 3.—,** desgl. **Silberstahl M. 2.— mit Etui.** Streichriemen mit Pasta M. 1.30, Pinsel u. Napf à 0.50, Seife 0.25, Abziehstein 2.50. Kompl. Rasiergarnitur in feinem Etui M. 3. Katalog mit über 3000 Gegenständen wie: Messer, Scheeren, Sensen, Waffen, Leder-, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder frco. umsonst. Bitte zu verlangen. Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle.

Nachdruck verboten.

Aesculap-Drogerie.

Drogen, Farben, Fruchtsäfte, Puddingpulver und sämtliche Artikel zur Wäsche empfiehlt billigst

22 **Arthur Woysky**

Magd.-W., Olvenstedtstr. 65a.

Leih-Haus M. Korn

Franziskanerstraße Nr. 3a

— Gegr. 1888. —

Höchste Beleihung aller Wertsachen und Warenposten jeder Art. 159

Von der letzten

Pfandversteigerung

Silberne Herren-Uhren

Goldene Damen-Uhren

und noch verschiedene andere Sachen zu

Ausnahmepreisen

spottbillig zu verkaufen.

Leih-Haus M. Korn

Franziskanerstraße Nr. 3a

Burg. Burg.

Freie Turnerschaft

Zu 18., 19., 20. Juli:

V. Bezirksturnfest

des 2. Bezirks

vom 2. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes

im

„Hohenzollern-Park".

Sonnabend von abends 8 Uhr an:

Kommers mit humoristischen Aufführungen.

Sonntag von früh 6 Uhr an:

Konzert und Turnen des 2. Bezirks.

Von abends 7 Uhr an:

Ball verbunden mit **Reigen und Sonder-Aufführungen.**

Programme sind zu haben bei den Turngenossen H. Reinicke, Stadt; H. Siemens, „Bayrischer Hof"; L. Stutzer, Magdeburgerstraße; G. Möhring, Frangenstraße; H. Krebs, Bahnhofstraße, und E. Göze, Buckauerweg.

Programme für die Mitglieder sind beim Turngenossen Kamsmann, Brauhofstraße 9, zu entnehmen.

119 **Das Komitee.** J. A.: Otto Fröhlicher.

Wir empfehlen:

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch?

Preis 15 Pfg.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten?

Preis 15 Pfg.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft.

Preis 15 Pfg.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?

Preis 20 Pfg.

Christentum und Sozialismus.

Eine aufsehenerregende Polemik zwischen Pfarrer Traub-Hoheneck in Stuttgart und A. Bebel.

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme.

Buckau Buckau

33 Schönebeckerstraße 33

Gebr. Schachmann

Total-Ausverkauf

wegen Auflösung unserer

Schuhwaren-Filiale 119

zu staunend billigen Preisen ohne Konkurrenz. Bitte Fenster zu besichtigen.

Fürsten-Portraits

Menschliches / Allzumenschliches

Von H. v. R.

Preis 50 Pfennig

Diese hochinteressante Broschüre ist in der

Buchhandl. Volksstimme

sowie bei sämtlichen Zeitungsboten zu haben.

Senden Sie uns Ihre Adresse.

1299

und wir senden Ihnen ohne Kaufverbindlichkeit und portofrei

Ansichts-Sendung der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

damit Sie diese für den Kaufmann unentbehrliche Sammlung aus eigener Anschauung kennen lernen.

Für Kaufleute!

Dr. iur. Ludwig Huberti

Verlag der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

Leipzig, Johannisplatz 3/5.

Sudenburg.

Das gesuchte und billigste

Brot

empfiehlt 2767

Bruno Hennig

Schönebergerstr. 17/18.

Auf alle Backwaren 10 Proz. Rabatt.

Kanarienhähne und -Weibchen

werden Freitag den 17. u. Sonnabend den 18. d. M. im Gasthof zum Eichhorn, Regierungsstraße, zu den höchsten Preisen gekauft. 47

Fritz Bartels, Kreiensen.

Malerarbeit jeder Art wird sauber und billig angefertigt bei **C. Bieber,** Bismarckstraße 25.

Hand-Feder-Blattmaag. u. Trittleiter zu verl. Buckau, Martinstr. 4, part. l.

Heute Schlachtefest

106

L. Lamm, Coquistr. 18

Ein Laden mit zwei großen Schaufenstern, in bester Geschäftsgegend, worin seit 25 Jahren eine Buchbinderei und Papierhandlung mit Erfolg betrieben ist, auch zu jedem andern Geschäft passend, ist zum 1. Oktober d. Js. mit Wohnung, auf Wunsch auch Werkstatt, zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Volksstimme.

Stube, Kammer, Küche

132 **Kurfürstenstr. 35**

Wilhelmstr. 12, III, freundliche Wohnung zu 270 Mk. zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres vorn, III. Et.

Logis, gut möbl., sofort zu verm. Gr. Mühlenstr. 1a, v. II.

Viktoria-Theater.

Donnerstag den 16. Juli 1903

Odette.

Pariser Sittenbild in 4 Akten von Sardou.

Freitag den 17. Juli 1903

Robert und Bertram

oder

Die lustigen Vagabunden.

Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Räder.

Die Aeußerung Herrn A. Schumann, Kurfürstenstraße 3, betreffend, Sozialdemokraten und die im Konsum-Verein sind müssen alle ausziehen, widerrufe ich hiermit.

44 **Elsbeth Kirchhoff.**

Burg. Warne hiermit jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 160

Alex Wilke.

Nachruf.

Am Sonnabend den 11. d. M. verstarb unser Mitglied, der Parteigenosse 167

Ludwig Fellecke.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Sozialdemokratische Verein Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Bezirk Oldenstedt.